

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 38.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratentnahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 19. September 1913.

Inserationspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Denloerwall 9. Telefonruf B. 1548. — Redaktionschluss ist Montag Mittag.

14. Jahrg.

Sozialdemokratie u. Sozialpolitik.

Diejenigen Kreise, die sich auch heute noch nicht mit unserer sozialen Gesetzgebung und dem in dieser verkörperten Prinzip der Staatshilfe abfinden können, weisen mit Vorliebe darauf hin, daß diese soziale Gesetzgebung das weitere Vordringen der Sozialdemokratie nicht habe aufhalten können, daß die Hoffnung, daß „die gemeinsame Arbeit an gemeinsamen Zielen“ manches mildern oder beseitigen werde, was der Klassenkampf zwischen den Menschen aufgetürmt hat (Prof. Bernhardt: Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik), sich als bittere Täuschung erwiesen habe.

Diese letztere Behauptung ist, wie Prof. Dr. Hise in seiner unlängst erschienenen Schrift: „Zur Würtigung der deutschen Arbeiter-Sozialpolitik“ (M. Glöckner, Volkvereins-Verlag) mit Recht betont, nur zum Teil richtig. Daß die Sozialreform Wölfe in Schafe umwandeln würde, hat niemand geglaubt. Daß die weltgeschichtlichen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit sich durch einige Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Mißstände friedlich begleichen würden, konnte auch von keinem vernünftigen Beurteiler, der auf den Grund der Dinge sah, angenommen werden. Kein Geringerer, als einer der Mitschöpfer der deutschen Arbeiterversicherung, Fürst Bismarck, hat sich vor solchen Illusionen wohl gehütet. Er hielt es für eine Utopie, die Menschen überhaupt hier auf Erden zufriedenzustellen zu können, für einen Traum eines tausendjährigen Reiches, der nur verwirklicht werden könne, wenn die Menschen Engel seien, für ein Hirngespinnst, für ein Phantom, das sich nicht greifen läßt, wenn man ihm nahe. Die Unzufriedenheit werde sich, solange Menschen Menschen seien und in der Welt mit ihren Verschiedenheiten und Gegensätzen lebten, nicht austrotten lassen.

Wer heute säet, kann morgen unmöglich ernten. So kann auch die innere Versöhnung und die Wiedergewinnung der Massen nicht von heute auf morgen erreicht werden, sondern nur das Wert jahrzehntelanger, allseitiger, systematischer, pflichttreuer und opferwilliger Arbeit in Schule, Kirche, Gesellschaft und Staat sein, kann vor allem nur durch die vereinigten Bemühungen von sozialem Pflichtgefühl durchdrungener Arbeitgeber und der ruhigen, gerecht und vernünftig denkenden Arbeiter und ihrer Organisationen gesichert werden. Was in Jahrzehnten versäumt war, konnte nicht in Jahrzehnten wieder gut gemacht werden. Umgekehrt erfordert es die Arbeit von Generationen, die Einbußen in unsern sittlichen Volksträften wieder auszugleichen, unser Volk wieder mit dem freudigen Glauben und Vertrauen in den Bestand unserer Gesellschaftsordnung und den gerechten Sinn der dirigierenden Klassen zu erfüllen, das Gefühl der christlichen Solidarität, die Liebe zu Vaterland und Kirche neu zu beleben und zum Gemeingut der ganzen Nation zu machen. Das ist eine Erziehungsaufgabe, die die Einsetzung der besten Kräfte erfordert. Wer eine solche innere Umwandlung von dem „bischen“ Arbeiterschutz oder dem „Groschen“ der Arbeiterversicherung erwartet hat, muß eben seine Kurzsichtigkeit, aber nicht die Sozialreform für seine Enttäuschung verantwortlich machen.

Was man im übrigen von der Sozialreform vernünftigerweise erwarten durfte, hat sich zum guten Teil erfüllt. Die wirtschaftliche, gesundheitliche und soziale Lebenshaltung unseres Arbeiterstandes hat sich mächtig gehoben. Die berechtigten kühnen Anklagen haben sich gemindert; ihnen sind die Unterlagen zum guten Teil entzogen. Die Sozialdemokratie hat zwar an Zahl zugenommen, aber zum wesentlichen Teil nur, weil man in ihr fälschlich die treibende Kraft zum Fortschritt erblickte. Die wissenschaftlichen Unterlagen des Sozialismus sind erschüttert. Ihr Erfurter Programm ist durch die Kritik aus den eignen Reihen vollends ausgehöhelt. Der Glaube an eine neue gesellschaftliche Ordnung voll Harmonie, Glück und Frieden — der Zukunftsstaat — wird in den eignen Reihen nicht mehr ernst genommen. So ist die Sozialdemokratie immer mehr zu einer radikalen politischen Partei geworden. Die sozialen Forderungen und Klagen treten mehr und mehr gegenüber den politischen zurück. Alle ihre Reden und Flugblätter, ihre Anträge in den Parlamenten, die sie zur Verhandlung bringt, haben fast ausschließlich politischen Charakter. Allgemeines Wahlrecht in Preußen, Beseitigung der Zölle und indirekten Steuern, Bekämpfung von Militär und Marine, Bekämpfung der christlichen Schulen usw. sind die Fragen, mit denen sie die Massen aufzureißen sucht. So hat sich die Sozialdemokratie im Zeitalter der sozialen Gesetzgebung gewandelt.

So kann man denn wohl mit Recht fragen: Hat die Sozialreform ihre Wirkung tatsächlich verfehlt? Und: Was würde wohl sein, wenn wir die breiten Massen unserer Bevölkerung herlos den „Gesetzen“ der kapitalistischen Entwicklung preisgegeben hätten? Dürfen wir uns nicht freuen — und erkennen auch das Ausland diese Notwendigkeit nicht immer mehr? —, daß sich bei uns schon vor Jahrzehnten die Anschauung Bahn gebrochen hat und in kraftvollen Einrich-

tungen fruchtbar geworden ist, die der neue Präsident der Vereinigten Staaten Nordamerikas, Wilson, in seine Antrittsrede als Zukunftsprogramm seiner Regierung aufgenommen und feierlich verkündigt hat. Nachdem er den gewaltigen Aufschwung der Vereinigten Staaten unter den früheren Präsidenten geschildert, weist er auf die dunklen Seiten dieser Entwicklung hin. Mit dem Guten sei auch das Uebel gekommen, „viel edles Gold zerfressen worden“. Insbesondere:

Wir sind stolz gewesen auf unsere industriellen Leistungen, aber wir haben bisher den Menschenwert nicht hoch genug angeschlagen. Die peinlichen Seufzer aus den Bergwerken, den Fabriken und all den Stätten, wo der Kampf um das Dasein seinen eigentlichen Sitz hat, dieser ernste rührende Unterton unseres Lebens war nicht zu unsern Ohren gedrungen. Die große Regierung, die wir geliebt haben, ist zu oft zu privaten und selbstsüchtigen Zwecken mißbraucht worden. Unsere Pflicht ist es nun, das ganze öffentliche Leben zu reinigen und mit Humanität zu erfüllen, ohne es schwach oder sentimental zu machen. Unser Gedanke war, daß jeder Mann und jede Generation für sich selber zu sorgen habe, und wenn wir auch nicht vergessen hatten, daß unsere Politik dem bescheidensten Mann ebenso wie dem Mächtigsten dienen müsse, so waren wir doch sehr eilig in dem Drange, groß zu werden. Jetzt sind wir zu ruhigem Nachdenken gekommen. Die Binde ist von unsern Augen gefallen, unser Wert ist ein Werk der Wiedergeburt.

Wilson bedauert, daß bisher noch so wenig „die Mittel studiert und vervollkommen seien, wie die Regierung in den Dienst der Humanität gestellt werden könnte zur Förderung des Wohles der Nation“. Er fährt fort:

Gleichberechtigung und Bewegungsfreiheit, die eigentlichen Grundlagen der Gerechtigkeit in einem politischen Körper, können nicht bestehen, wenn Männer, Frauen und Kinder nicht in ihrem Leben, in ihren eigenen Lebensbedingungen gegen die Folgererscheinungen der großen industriellen und sozialen Prozesse geschützt werden, an denen sie nichts ändern, die sie nicht lenken und mit denen die einzelnen nicht fertig werden können. Sanitäre Gesetze, Nahrungsmittelgesetze und Gesetze über die Arbeitsbedingungen, welche die einzelnen für sich selbst festzusetzen nicht die Macht haben, das sind die wichtigsten und eigentlichen Aufgaben der Gerechtigkeit und der Geseze.

Das sind Worte hoher Staatsweisheit, einer Staatsweisheit, die in unserm monarchischen Vaterlande schon mehr als 30 Jahre Gemeingut ist. Aber fast scheint es, als ob wir uns derselben neu bewußt werden müßten gegenüber dem lähmenden Pessimismus, der sich so vielfach in unserm politischen Leben bemerkbar macht und in Neuerungen, wie oben wiedergegeben, sich Luft zu machen sucht. Mit welchem Rechte, mögen vorstehende Darlegungen gezeigt haben!

Das „Mittelstandhaus“ in Bochum.

Wie die Zeiten sich ändern! Vor einigen Jahren noch gab es Leute, die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit räsonierten über Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre, als über Leute, die sich von den Groschen der Arbeiter mästen usw. Als Gezer und Aufwiegler wurden sie gebrandmarkt und verfolgt, und manche Personalakten guter, deutscher Arbeiter auf den Polizeibüros und den Bezirkskommandos haben auf Betreiben gewisser Leute eine eigenartige Verfassung erlangt.

Sei dem, wie es wolle, heute liegen die Dinge wesentlich anders. Dieselben Leute, die früher über die Einrichtungen der Arbeitersekretariate seitens der Arbeiter wetterten und tobten, haben heute dieselben Einrichtungen, ja weit größere und bedeutendere. Es sind das die Handwerker- und Mittelstandssekretariate, die gerade wie Pilze aus der Erde schießen.

Eine ganz neuartige Einrichtung haben die Mittelständler jetzt in Bochum getroffen. Vor kurzer Zeit wurde hier ein „Mittelstandshaus“ eingerichtet. Das „Mittelstandshaus“ vereinigt alle Bestrebungen in sich, die der gesamte Mittelstand heute an den Tag legt. Angegeschlossen sind demselben die Organisationen (Zünfte usw.) der Handwerker, Detailisten, Haus- und Grundbesitzer, Wirte, ja sogar der Herzte. Alle Fragen des öffentlichen Lebens, der Gesetzgebung, der Kommunal- und Sozialpolitik werden hier vom Standpunkte des Mittelständlers behandelt und entsprechende Aktionen eingeleitet. Nicht ständige Beamte, zum meist Juristen und Nationalökonomien, sind bereits im „Mittelstandshaus“ angestellt und tätig. Zur Zeit findet ein akademischer Kursus im „Mittelstandshaus“ statt, wo angehende Juristen und Nationalökonomien für die Sonderfähigkeit in der Mittelstandsbewegung vorbereitet werden.

Wie diese Tätigkeit wirkt, das zeigt sich recht deutlich in den Spalten der Tagespresse, es zeigt sich in dem Aufmarsch der Mittelständler bei allen öffentlichen Angelegenheiten. Man muß es diesen Leuten lassen, sie verstehen es außerordentlich, Stimmung zu machen.

Für uns Gewerkschaftler kann die neuere Gestaltung der Mittelstandsorganisation nicht gleichgültig sein. Wenn wir es auch mit Freude begrüßen können, wenn seitens des Mittelstandes eine vernünftige Preispolitik betrieben, wenn das Kreditwesen reformiert, wenn auch sonst der Mittelstand als Standesgruppe sich überall Einfluß verschafft, so werden doch zweifellos die Interessen der Arbeiter und kleinen Beamten sich sehr oft kreuzen. Es sei nur an das Genossenschaftswesen (Konsum- und Baugenossenschaft), an das Tarifvertragswesen, an unsere soziale Gesetzgebung erinnert. Wir werden unsere gesamten Kräfte anstrengen müssen, wenn wir uns im Wirtschaftslieben einen angemessenen Platz sichern wollen. Unsere Funktionäre werden alles daran setzen müssen, durch Wort und Schrift die Interessen der Arbeiter genügend gegenüber den Mittelständlern zu schützen. Aber auch alle unsere Kollegen müssen sich darüber klar werden, daß sie ein reges Leben innerhalb unserer Organisation aufrecht erhalten müssen, daß sie ebenso kraftvoll aufmarschieren, wenn es gilt, öffentlich seine Stimme zu erheben, wie auch die Mittelständler. Ganz neue Aufgaben werden uns gestellt werden, neue Schwierigkeiten werden entstehen. Sie müssen überwunden werden.

Der erste größere Aufmarsch seitens des „Mittelstandshaus“ in Bochum soll am Sonntag, den 14. September, erfolgen. Ueber 10 000 schriftliche Einladungen sind ergangen, auch an sehr viele unserer Kollegen. In der Versammlung spricht Herr Bürgermeister Dr. Oberle aus Roßen über die Notwendigkeit und Bedeutung der Mittelstandsbestrebungen, insbesondere über die Fragen des angemessenen Preises, der Warenhäuser, der Konsumvereine, des heimlichen Warenhandels, der Geldverschaffung, sowie der Stellung zu den übrigen Ständen.

Das „Mittelstandshaus“ in Bochum hat im Auftrage folgender Mittelstandsgruppen zu einer großen Kundgebung eingeladen:

1. Innungsaussschuß zu Bochum; Schutzverband der Bauinteressenten des Bochumer Stadt- und Landkreises (E. V.); „Germania“, Zentralverband deutscher Bäckerinnungen, Zweigverband Westfalen (Sitz Bochum).
2. „Konstantia“, Verein für katholische Kaufleute und Beamte (E. V.); Kaufmännischer Verein (E. V.) zu Bochum; „Degroja“, Schutzgemeinschaft des Lebensmittelhandels (Sitz Bochum); Detailhandel- und Gewerbe-Verband Deutschlands (Sitz Bochum).
3. Die Haus- und Grundbesitzer-Vereine von Bochum und Umgegend.
4. Innungsaussschüsse: Gastrop, Dortmund, Gelsenkirchen, Hattingen, Ferne, Wanne, Witten.
5. Mehrere Korporationen des Kaufmanns-, Handwerks- und Haus- und Grundbesitzerstandes aus: Gidel, Langendreer, Wattenscheid und Berne.

Bochum, 7. September 1913.
Ueber den Verlauf der Tagung sowie über die weitere Entwicklung des Mittelstandshaus werden wir in der nächsten Nummer berichten, weil diese Sachen uns nicht gleichgültig sind.

Sparkassen und Staatspapiere.

Es ist bekannt, daß die Regierung zur Hebung der Kurse der Staatspapiere die Sparkassen zwingen will, einen Teil ihrer Gelder in Staatswerten anzulegen. Bevor über die Berechtigung oder Nicht-Berechtigung dieses Anspruchs ein Urteil gefällt werden soll, muß untersucht werden, in welchen Ursachen der Tiefstand der Staatspapiere seine Gründe hat.

Die am Geldmarkt gehandelten Werte trennen sich in die festverzinslichen Papiere, Rentenpapiere, unter denen die Staatspapiere die wichtigste Klasse bilden, und die Papiere mit schwankenden Erträgen, die Dividendenpapiere, die Aktien. Unter diesen Papieren sucht sich das Anlage suchende Kapital diejenigen Werte aus, die ihm, entsprechend der Sicherheit, die höchsten Zinsen einbringen. Nun werden die Dividendenpapiere die höchste Verzinsung haben, eben infolge des größeren Risikos, daß sie mal höhere, dann geringere und vielleicht auch gar keine Dividende herausbringen. Die festverzinslichen Papiere tragen eine größere Sicherheit in sich, die durch den Träger der Schuldverschreibung, wie Staat, Provinz, Kommune, oder durch Verpfändung von Immobilien gewährleistet ist. Es wird somit die Verzinsung eine geringere sein, doch darf sie nicht so gering sein, daß der Anreiz, Geld in diesen Papieren anzulegen, bei einem, wenn auch geringeren Zinsfuß bei größerer

Sicherheit, nicht verloren geht. Weiter wird die Verzinsung der Rentenpapiere reguliert durch die allgemeinen Geldverhältnisse, in welchem Maße überhaupt Geld an den Markt kommt und zur Anlage in Rentenpapieren frei wird, also durch die Geldflüssigkeit oder Geldknappheit, die im offiziellen Zinsfuß ihren Ausdruck findet. Also die Verzinsung der Rentenpapiere wird reguliert durch die allgemeinen Geldverhältnisse und durch die Verzinsung der Dividendenpapiere. Nach diesen Punkten richtet sich die Verzinsung der Rentenpapiere.

Wie findet nun diese schwankende Verzinsung der Rentenpapiere, die doch eine feste Verzinsung haben, ihren Ausdruck? Durch eine Veränderung des Kaufpreises an der Börse, wodurch man das Bezugsrecht auf bestimmte Zinsen erwirbt, des Börsenpreises. Es ist ja eine andere Sache, wenn ich für 99 Mark eine Schuldenscheinung über 100 Mark lautend mit Zinsrecht zu 3/2 Prozent kaufe, als wenn ich tatsächlich 100 Mark für diese Zitel anwenden müßte. Je niedriger also der Kaufpreis, der Börsenpreis ist, je höher die Verzinsung. Man muß daher aus dem nominellen Zinsfuß und dem Börsenpreis den Realzinsfuß herausrechnen. Das ist in der nachfolgenden Aufstellung geschehen, und zum Vergleich der Platzwechselzinsfuß beigelegt.

Die Zahlen beziehen sich für den Monat Juni der Jahre 1907—1918.

	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Deutsche Staatsanleihen	3,67	3,79	3,65	3,74	3,75	3,79	4,16
Platzwechselzinsfuß	4,66	3,31	2,91	3,23	3,33	4,16	5,63

Wie man aus den beiden Kurven deutlich erkennen kann, besteht ein gleichlaufender Zusammenhang. Wenn der Platzwechselzinsfuß hoch ist, ist auch die Verzinsung der Rentenpapiere hoch, mit anderen Worten, der Kurs ist ein niedriger. Ist der Platzwechselzinsfuß ein niedriger, so ist auch der Zinsfuß der Rentenpapiere niedrig, das heißt, der Kurs der Staatspapiere ist ein hoher. Hieraus ist zu erkennen, daß der augenblicklich niedrige Kurs der Staatspapiere in allgemeinen wirtschaftlichen Gründen seine Ursache hat. Eine Erscheinung, die im allgemeinen Wirtschaftskreis keine letzten Ursachen hat, kann man nicht mit künstlichen Mitteln bekämpfen. Es hat auch das Bestreben der Regierung, die Sparkassen zu zwingen, einen Teil ihrer Gelder in Staatspapieren anzulegen, seine zwei Seiten. Die Sparkasse wird vom allgemeinen Gang der wirtschaftlichen Dinge mitbeeinflusst; sie wird ihre Verzinsung der eingeleigten Gelder dem allgemeinen Geldpreise anpassen müssen, um nicht Gefahr zu laufen, daß diese Gelder von den Depositenbanken aufgejogen werden. Im allgemeinen beträgt der Durchschnitt der von den Sparkassen gezahlten Zinsen 4 Prozent. Diesen Satz übersteigt die Zinskurve der Staatspapiere nur für 1/2, sie wird hier zurückgehen, wenn die außerordentlich strengen Geldverhältnisse weichen werden. Sonst bleibt sie aber recht erheblich unter diesem Satz. Wenn nun auf der einen Seite die Sparkasse Gelder zu diesem Satz verzinst, so muß sie doch auf der anderen Seite diese Gelder zum mindesten denselben Satz anlegen, dann erleidet sie immerhin schon einen kleinen Verlust; sie muß also trachten, einen höheren Zinsfuß zu erzielen. Hier will aber der Staat eingreifen, um die Sparkasse zu zwingen, nicht unethische Teile ihres Bestandes, geplant waren 25 Prozent, in seinen Papieren anzulegen. Daß dies nicht ganz ungefährlich für die Sparkassen ist, beweisen diese Darlegungen.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungsjahre dieser Nummer der 38.

Wochenbeitrag für die Zeit vom 14. bis 20. September 1918.

Bestimmungen für die Mitglieder während der militärischen Dienstzeit.

Die zum Militär einrückenden Verbandsmitglieder machen wir auf folgende Bestimmungen aufmerksam:

Bevor ein Mitglied seine Dienstzeit antritt, muß es sein Mitgliedsbuch bei der Ortsverwaltung abgeben. Diese hat es zur Aufbewahrung der Geschäftsstelle des Verbandes einzusenden.

Während und bei Beendigung der Dienstzeit erhalten diese Mitglieder die vom Verbandsrat in Münster beschlossene Militärunterstützung.

Vorbedingung für den Bezug der Militärunterstützung ist eine 26wöchentliche Mitgliedschaft und die Entrichtung von 26 Wochenbeiträgen vor der Dienstzeit. Die Beiträge müssen bis zum Antritt der Dienstzeit entrichtet worden sein. Wer mit den Beiträgen im Rückstande ist, verliert die Unterstützung.

Die Unterstützung wird ausgezahlt im zweiten und dritten Dienstjahre am Weihnachtstfest, sowie nach beendigter Dienstzeit beim Wiederannehmen der Mitgliedschaft.

Die Auszahlung der Unterstützung während der Dienstzeit geschieht durch den Zentralvorstand. Damit die Zuführung der Unterstützung erfolgen kann, muß dem Zentralvorstand vor dem zweiten und dritten Weihnachtstfest von dem betreffenden Soldaten die Adresse mitgeteilt werden.

Nach beendigter Dienstzeit muß das Mitglied sein Buch vom Zentralvorstand zurückfordern. Mit der Rücksendung erfolgt dann gleichzeitig eine Anweisung auf Auszahlung der letzten Rate der Militärunterstützung. Auf Grund dieser Anweisung wird die Unterstützung von derjenigen Ortsverwaltung ausbezahlt, wo die Anmeldeung innerhalb 6 Wochen nach beendigter Dienstzeit erfolgt. Ist keine Zahlstelle am Orte vorhanden, wird die Unterstützung vom Zentralvorstand zugesandt.

Im übrigen treten alle Mitglieder, die vor der Militärzeit ihre sämtlichen Beiträge entrichtet haben, nachher wieder in ihre alten Rechte ein, wenn die Anmeldung zum Verbandsinnerhalb 6 Wochen nach beendigter Dienstzeit erfolgt.

Die Dauer der Dienstzeit wird im Mitgliedsbuche durch einen Stempelausdruck in den Parteienfeldern beigelegt.

Die Leiter der Zahlstellen werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Reservisten eine besondere Anweisung zur Erhebung der Militärunterstützung zugeht. Der Betrag von 5 Mark ist dem Inhaber der Anweisung nur in dem Falle zu zahlen, wenn er auch sein Mitgliedsbuch vorlegt, seine Anmeldung in der Zahlstelle vollzieht und durch seinen Militärpaß nachweist, daß seine Entlassung vom Militär nicht länger als 6 Wochen zurückliegt.

Der Empfang des Geldes muß vom Bezugsberechtigten durch Namensunterschrift auf der Anweisung quittiert werden. Der ausgezahlte Betrag ist mit der Hauptkasse bei der Quartalsabrechnung zu verrechnen und der Unterstützungsbeleg mit den Abrechnungspapieren an die Geschäftsstelle des Verbandes einzusenden.

Die Invalidenkarten müssen die zum Militär einrückenden Kollegen vor ihrem Eintritt zum Umansch bringen. Andernfalls verliert die Karte ihre Gültigkeit. Die Militärzeit wird bei der Invalidenversicherung in Anrechnung gebracht und ist nach dem Abgange vom Militär beim Wiederumansch der Karte unter Vorlegung des Passes ein diesbezüg. Vermerk in der Leitung zu verlangen.

Vollversicherung. Bei Einreichung von Versicherungsanträgen für die Vollversicherung ist darauf zu achten, daß alle Fragen beantwortet sind. Schriftl. genügen nicht. Unzureichende Fragen sind mit „trifft nicht zu“ zu beantworten. Siehe erste Rubrik auf den Versicherungsantragsformularen.

Berliner Mitgliedsbücher. Nr. 64624 Peter Gummerich; Nr. 90417 Peter Harth. Die Bücher sind für ungültig erklärt.

Der **Sammlerwerb** wurde bei der Hauptkassa vor einiger Zeit eingeführt. Die Vorteile derselben können nur dann voll ausgenutzt werden, wenn alle Selbstabgaben, die die Hauptkassa

zu machen hat, an einem Tage erledigt werden. Man wolle deshalb Selbstabgaben für Strecken usw. so bestellen, daß sie am Donnerstag jeder Woche von der Hauptkassa erledigt werden können.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Zugang ist fernzuhalten

Schreiner: Gebweiler i. S., Geestmünde (Kalten). Carl Larmstedt.
Hirsen- und Pflanzmacher: Nürnberg.
Wagenfabrik: Bremen (Karosseriewerke, vorm. L. Gärtner, Aktien-Gesellschaft).

Der Sägerstreik in Cham ist beendet. Es ist vorläufig ein Vertrag abgeschlossen worden. Die Arbeit wird im Laufe dieser Woche wieder aufgenommen. Ein ausführlicher Bericht folgt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Gilden. Seit langem hatte unserer Ortsgruppe keine so zahlreich besuchte Versammlung aufzuweisen als am letzten Sonntag. Es mochte dies wohl auf die treue Anhänglichkeit zurück zu führen sein, die die Kollegen dem sehr verdienten Vorsitzenden Kollegen Strahl, der seit Gründung der Ortsgruppe dieselbe geleitet hatte, entgegen brachten. Waren doch kaum 14 Tage verflossen seit er auf jene tragische Art aus unserer Mitte gerissen wurde, Kollege Sommer widmete dem Kollegen Strahl zu Beginn einen ehrenvollen Nachruf. Kollege Heimold sagte, daß unserer verstorbenen Kollege einer jener Kollegen gewesen sei, die uns als Vorbild im vollstem Sinne des Wortes gelten können. Er hatte, wenn es galt für den Verband etwas zu tun und für die Kollegen einzutreten, immer Zeit. Die landläufigen Entschuldigungen, die sonst von den Kollegen gebraucht werden, wenn sie meinten die Versammlungen u. dgl. zu umgehen, kannte der Kollege Strahl nicht. Er war immer zur Stelle. Das verdient umsonst hervorgehoben zu werden, da er auch noch eine Menge anderer wichtiger Funktionen auszuüben hatte. Jedoch hat auch sein Stadtvorordnetenmandat, das er neben der Berufsarbeit ausüben mußte, gar manches Opfer verursacht.

In der darauf vorgenommenen Wahl wurde der Kollege Hermann Sommer einstimmig zum Vorsitzenden und Kassierer gewählt. Hier hat sich die Versammlung einen Kollegen herausgesucht, der auch bisher schon eifrig mitgearbeitet hat, so daß uns um den Bestand der Ortsgruppe nicht bange zu sein braucht. Nach einem eingehenden Vortrag des Kollegen Heimold über die neue Volksvertretung der christlichen Gewerkschaften nahm die schöne Versammlung ihr Ende. Hoffen wir, daß das von dem Kollegen gegebene Versprechen, in Zukunft fleißig mit zu arbeiten, auch anhält.

Köln. Ein Verlegenheitsprodukt glaubt die „Holzarbeiter-Zeitung“ in ihrer Nummer 35 einen Artikel nennen zu müssen, der sich in Nr. 34 unseres Organs mit der Berichtigungszweck der „Holzarbeiter-Zeitung“ und mit der Tarifhaltung der „Genossen“ in der Praxis, beschäftigte. Wir nehmen es ja der „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht übel, daß sie, oder vielmehr ihr Artikelschreiber, in Verlegenheit geriet, als wir die Praktiken gewisser Leute im vollen Lichte festgenagelten. Erreulich ist es, wenn die „Genossen“, wie sie in ihrem Organ schreiben, endlich zu der Einsicht gekommen sind, daß es nutzlose Zeitvergeudung wäre, mit uns noch länger über die Einführung des partiiatischen Arbeitsnachweises hier in Köln rechten zu wollen. Es scheint, daß die Vertreter ihrer eigenen Berliner Mitglieder über die „Vorteile“ des dortigen partiiatischen Arbeitsnachweises auch unsere Kölner Holzgewerkschaften, ja selbst ihre führenden Geister, zu anderer Ansicht gebracht haben. Nun, die bessere Einsicht kommt, wenn auch etwas spät — aber sie kommt. Köstlich ist es, wie sich die „Holzarbeiter-Zeitung“ wendet und dreht, um unsere Feststellungen abzuschwächen. Dieselben im Ganzen zu leugnen, mag sie aus wohlwolligen Gründen im Sinn haben. In dem Geistesprodukt der „Holzarbeiter-Zeitung“ wird es nun so darzustellen versucht, als ob der Vertrag bei der Firma Kapfich in Köln-Höhenberg schon vorher zur Anerkennung gekommen wäre, bevor die „Schrift“ in den Betrieb hinein gekommen wären. Dieses ist eine glatte Unwahrheit, wie auch dem Artikelschreiber selbst nicht unbekannt sein kann. Er wußt ganz genau, daß erst auf unsere Veranlassung hin, die Verhältnisse bei der betreffenden Firma in einer Betriebsversammlung untersucht und dann durch gemeinsames Vorgehen der Vertrag z. Teil gegen den Willen seiner eigenen im Betriebe beschäftigten Mitglieder, zur Anerkennung gebracht wurde. Um nun die Situation in etwa noch zu retten, versucht der Artikelschreiber aus unseren Feststellungen etwas heraus zu lesen das gar nicht darin steht. Und

Der Wert guter Bücher.

von stud.

Es sind einige Minuten bis zu Abfahrt des Zuges. Es drängt und jährt sich auf dem Bahnsteig, hastig können die Reisenden einander vorüber.

Ein Junge von zwei Stunden liegt noch vor mir. Um mir nicht Zeit durch Lesen zu verlieren, die ich zum Stillkommen der beiden letzten Seiten in den Schütz und habe eine der besten Bücher in der Hand. — Inzwischen bracht der Zug ein. Ich gewinne noch einen Platz. Mein Nachbar macht einen recht gemütlichen Eindruck. Er scheint plaudern zu wollen, dann verliert er seine Stimme auf halber und beginnt per Kurzweile die Gespräche.

„Es ist doch eine schöne Erscheinung, daß man für ein paar Minuten so gute Bücher haben kann.“ beginnt er, indem er mein Kleinstes in meine Hand legt.

„Ja, man hat Befriedigung für die Seele. Die Zeit geht nicht verloren. Das ist aber auch alles. Nutzen hat man von diesen Büchern doch nicht.“

„Die meisten Sie das?“
„Sagen Sie“, sagt mein Nachbar, „ich bin Arbeiter. Ich bin gewöhnlich eigenartig; ich habe mein Verbandsorgan genau durch; wahrscheinlich meine ich auch eine Tageszeitung. Sie dort einige Zeitschriften und einige politische Sachen und damit habe ich genug. Mehr brauche ich nicht. Aber, eine Roman- und sonstige Unterhaltungsliteratur zu lesen, habe ich für eine Verschwendung, außerdem habe ich keine Zeit dazu.“

„Sagen Sie es denn auch nicht für möglich, beliebige Bücher zu lesen über Naturgeschichte, Geschichte, Kulturkunde, Geographie, Topographie usw. Die Kenntnisse auf allen Gebieten der Wissenschaft und praktischen Lebens, der Wirtschaft, der Technik usw., haben doch dem Arbeiter Nutzen gebracht, die ich mehr an seine Kenntnisse als an seine körperlichen Kräfte weiden. Körperliche Kräfte bringen nicht mehr allen, auch der Geist muß mit-

arbeiten, muß sich immer mehr ausbilden, damit er den wachsenden Anforderungen genügen kann, die an ihn gestellt werden.“

„Ja! Das glaub ich schon; aber so eine Allgemeinbildung kann ich mir auch erwerben, wenn ich in die Versammlungen gehe und mir dort die mannigfaltigen Vorträge aus allen Gebieten anhöre.“

„Da erlauben Sie mir eine Frage! Wieviel haben Sie von dem Vortrag behalten, den Sie etwa vor zwei Monaten gehört haben. Nicht wahr? arg viel ist es nicht mehr. Es ist auch nicht zu verwundern: denn das gesprochenen Wort verfliegt gar schnell. Der Zuhörer muß dem Redner zu folgen suchen, auch wenn ihm ein Teil des Vortrages unverständlich geblieben ist. Es kann jetzt keine Rücksicht genommen werden auf die Aufnahmefähigkeit der einzelnen. Damit will ich den großen Wert von Vorträgen nicht herabsetzen. Aber sie können an erster Stelle als Anregung und Belebung. Das Rednerat aller dieser freiwilligen Bildungsarbeit bildet das gesunde Material. — Des zum Beweise können Sie sich bei Herrn Behnemann am. Wer von ihnen hat den Vortag eines Betriebsausschusses, eines Schriftführers usw. inne? In den meisten Fällen doch wohl derjenige, welcher in seinen Angelegenheiten gern ein nützliches Buch per Hand nimmt und so durch Lesen seine Kenntnisse bereichert und sich allgemein bilden macht.“

„Das gebe ich Ihnen zu. So was zu lesen ist jedenfalls ganz gut. Aber so einen Roman oder Novelle, wie sie es da in der Hand haben, zu lesen, hat aber doch gar keinen Zweck.“

„Dann haben wir eben verschiedene Ansichten. Aber diese gegenseitige Meinung habe ich nicht allein. Vor einiger Zeit habe ich ein Buch gelesen von dem amerikanischen Millonair und Staatsmann Carnegie „Reinhold“ geschrieben.“ Darin steht ein Satz, den ich mir besonders gemerkt habe, weil er von einem Manne des praktischen Lebens geschrieben ist, der heißt: „Keine andere Unterhaltungsliteratur ist so gut dem wachsenden Zweck, hart Arbeitende aus dem passiven und trüben Pflichtstreife des Alltagslebens emporschieben. Die unterhaltenden Werke unserer Dichter haben für Arbeiter charakteristischer Wert, wie die jedes anderen Literaturgattung.“

„Ja! Den Bildungswert der Werke unserer großen Dichter, etwa Goethes und Schillers, erkenne ich an. Die aber sind für mich zu hoch. Vor lauter gelehrten Wörtern kann ich da den Sinn nicht verstehen. Und was von den andern Dichtern geschrieben wird, das ist gut zur Unterhaltung, mehr nicht.“

„Und doch behaupte ich, daß dies mehr Nutzen bringt. Regt diese sog. Unterhaltungsliteratur den Leser nicht oft zum Nachdenken an über Dinge, an denen er bisher achtlos vorübergegangen ist? Dehnt sie ihm nicht den Blick für alles, was das Menschenherz bewegt, zeigt sie ihm nicht das Leben und Treiben von Ständen, mit denen er sonst kaum in enge Beziehungen tritt? Führt sie ihn nicht fort aus seiner Umgebung und schildert ihm anderer Gegenden Sitten und Art? Führt sie ihn nicht in andere Zeiten und haant ihn für Stunden in den Kreis ihrer Empfindungen? Hat das alles keinen Nutzen?“

„Von dem Standpunkte aus habe ich die Sache noch nicht betrachtet.“

„Da fällt mir noch was ein. Heutzutage klagt man so viel über den Verfall des Familienlebens, über Verrohung unserer Jugend, Alkoholismus usw. Woher kommt all dies? Warum geht der männliche Teil der Familie gar oft auf die Straße, in die Kneipen, in die Zingellängels? Ich glaube zum großen Teil aus Langeweile, aus Mangel an geistiger Anregung. Und diese zu geben, ist ein schönes Buch am besten geeignet. Ich kenne z. B. einen Jungen, der trieb sich andauernd auf den Straßen herum und machte allerlei Unfug. . . . Dem habe ich schöne Geeschichten in die Hand gegeben, dann geschäftliche Romane. Und der Erfolg? Nach einiger Zeit verbrachte er seine freie Zeit zu Hause. Er ist ein tüchtiger Junge geworden. Ich habe jetzt noch meinen Spaß an ihm.“

Der Zug hält. Mein Nachbar steigt aus. Als ich ihn die Hand reichte, sagte er mir:

„Ich danke Ihnen! Morgen hol ich mir aus der Stadt. Bibliothek ein Buch.“

gegen das, was gar nicht darin steht, sucht man sich zu verteidigen. Daß bei einer solchen Methode die wichtigsten Dinge passieren, braucht niemand zu wundern. Er schreibt: „In der fraglichen Versammlung stellten wir in Gegenwart der christlichen Verbände fest, daß sämtliche Kollegen, einschließlich der „Christen“, beschlossen hatten, den Vorschlag des Unternehmers abzulehnen und neun Stunden pro Tag zu arbeiten, weil genügend Bestellung vorhanden sei. „Was man also mitverbrochen hat, will man andern allein an die Hacken hängen.“ Darin, daß beschlossen wurde, auch von unseren Kollegen, neun Stunden, wie es der Vertrag vorsieht, zu arbeiten, steht nach dem Vorgesetzten die Holzarbeiter-Zeitung ein Verbuchen. Höher geht es wohl nimmer. Wie verhält sich der Sachverhalt? Nach Anerkennung des Vertrages, wurde in dem Betriebe an Stelle der bisher 10 stündigen die 9 stündige Arbeitszeit eingeführt. Am Samstag erlärte der Arbeitgeber jedoch: „In Zukunft wird wieder 10 Stunden gearbeitet.“ Es stellte sich nun heraus, daß der Genosse F., Mitglied des roten Holzverbandes, den Arbeitgeber ersucht hatte, wieder 10 Stunden arbeiten zu lassen. Hiergegen machten unsere Mitglieder Front. Die Vertreter beider Organisationen wurden bei dem Arbeitgeber vorstellig. Dieser machte nun den Vorschlag, eine Zeit lang nur 8 Stunden arbeiten zu lassen angeblich wegen Arbeitsmangel. Man einigte sich 9 Stunden, wie es der Vertrag vorsieht, zu arbeiten. Diesem stimmten, wie die „Holzarbeiter-Zeitung“ selbst festgestellt, auch unsere Kollegen bei. Das ist in unserem Artikel auch nicht in Abrede gestellt. Wir haben hierzu auch gar keine Veranlassung, selbst wenn die „Holzarbeiter-Zeitung“ darin etwas steht, das wir mit verbuchen hätten. Was wir feststellen war, daß es rote Verbandsmitglieder gibt, die den Arbeitgeber ersuchen 10 Stunden arbeiten zu dürfen. Bewundernswert ist auch die Logik, mit der die Holzarbeiter-Zeitung die verschiedenartigsten Dinge zusammen konstruiert. Dadurch, daß verschiedene unserer Kollegen, wenn sie den tariflichen Durchschnittslohn verlangen und ihnen dann gesagt wurde, daß ältere Arbeiter im Betriebe denselben auch nicht erhielten, meistens die Stellung quittieren mußten, folgert die „Holzarbeiter-Zeitung“, daß wir nicht die wenigsten Arbeitslosen hätten. Daraus könnte man schließen, daß die „Holzarbeiter-Zeitung“ der Ansicht ist, daß es nicht nur Duhende von Betrieben sind, in denen ihre Mitglieder unter dem Durchschnittslohn arbeiten und deshalb unsere Kollegen bei Verlangen denselben eben die Stelle wieder verlassen müssen. Weiter glaubt die „Holzarbeiter-Zg.“ folgern zu sollen, daß die Kölner Unternehmer gegen ihre eigenen Interessen handeln, wenn sie Gehältern beschäftigen, die auf die Einhaltung des Tarifes Wert legen. Als ob nicht beide Vertragskontrahenten aus den verschiedensten Gründen ein Interesse an der Einhaltung des einmal abgeschlossenen Vertrages hätten. Wir sind nicht der Ansicht, daß es im Interesse der Arbeitgeber liegt, wenn in einzelnen Betrieben die tariflichen Löhne und Zulagen nicht bezahlt werden oder ein kraßes Ueberstundenwesen Platz greift. Sollte die „Holzarbeiter-Zeitung“ oder ihr Kölner Artikelschreiber anderer Ansicht sein, so könnte man die Schlüsse in dem letzten Artikel der „Holzarbeiter-Zeitung“ bald als „empfehlende Erinnerung“ an die Arbeitgeber ansehen. Wägen sich die „Genossen“ in Zukunft merken: „Wer im Glashaufe sitzt, soll nicht mit Steinen um sich werfen.“

Köln. Die Waggonfabrik Gossens, welche vor einigen Jahren von Aachen nach Schweizer verlegt worden ist, ist vorwiegend in den Besitz des Waggonfabrikanten Talbot übergegangen, jedoch letzterer gegenwärtig zwei größere Waggonfabriken besitzt. Nebenher nun hat sich wieder ein neues Konjunktium, an deren Spitze Herr Gossens steht, gebildet, welche beabsichtigt, in Brand bei Aachen eine neue Waggonfabrik zu errichten. Die Firma wird den Namen P. J. Gossens & Cie. tragen. Sie besteht aus fünf Gesellschaften. Das Stammkapital beträgt 1 000 000 Mark. Ein Grundfund von 60 Morgen ist bereits angekauft worden. Mit den Vorarbeiten soll schon möglichst schnell begonnen werden. Vorläufig sollen nur ein Bureaugebäude und mehrere Hallen errichtet werden, da man sich zunächst auf den Bau von Güterwagen beschränken will. Außerdem wird eine Gleisanlage hergestellt. Für das Jahr 1915 ist dann eine Vergrößerung des Werkes geplant, da dann der Betrieb auf die Herstellung von Personenzugwagen ausgedehnt werden soll.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftler und Volksversicherung der Konsumvereine. In „Holzarbeiter“ wurde schon darauf aufmerksam gemacht, daß die „Volksversicherung“ durchaus zu fördern ist. Eine Gewerkschaft zu erzeugen, vermag die Volksversicherung aber ebenso wenig, wie Konsumvereine und andere soziale Einrichtungen, die ebenfalls den Interessen des Arbeiterstandes dienen. Wir müssen deshalb zuerst für die Gewerkschaft eintreten. Erst nach der Gewerkschaft kann die Volksversicherung kommen. Verschiedene Konsumvereine (Wohlfahrt-Altenessen, Eintracht-Nülheim a. Rh. etc.) entwickeln nun in letzter Zeit unter den christlichen Gewerkschaftlern eine lebhafteste Bewegung für ihre Volksversicherung. Infolgedessen sind eine Anzahl Anfragen von Vertrauensleuten und Mitgliedern bei uns eingelaufen, wie sie sich dieser Agitation gegenüber verhalten sollen. Alle Anfragen laufen in folgende zwei Hauptfragen zusammen: 1. Sollen unsere Vertrauensleute für die Volksversicherung des Konsumvereins tätig sein? 2. Sollen unsere Mitglieder sich der Volksversicherung des Konsumvereins anschließen?

Beide Fragen beantworten wir mit einem glatten Nein. In Sachen der Volksversicherung ist mit den Konsumvereinen keine Arbeitsgemeinschaft möglich. Die Konsumvereine denken bei der Volksversicherung nur an sich. Sie sollen sich in erster Linie an die gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeiterkreise, an die Landbevölkerung, an das Heer der kleinen Beamten und Angestellten wenden. Das geschieht aber nicht. Sie wenden sich im Gegenteil in erster Linie an unsere Vertrauensmänner und Mitglieder. Für unsere Mitglieder ist nur die Volksversicherung der christlichen Gewerkschaften da. Wenn überhaupt versichert werden soll, dann kommt sie zuerst in Frage. Unsere Mitglieder sollen eine Versicherungspolice unterschreiben, die den Ausdruck hat: **Volksversicherung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften in Köln am Rhein, Benloerwall 9.** Jede Police mit einem anderen Ausdruck ist mit Entschiedenheit zurückzuweisen.

Sollen unsere Vertrauensmänner sich neben ihren gewerkschaftlichen Aufgaben in den Dienst der Volksversicherung stellen, dann darf darunter die Gewerkschaft nicht

leiden. Es kommt dann auch nur die gemeinnützige Volksversicherung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften in Betracht. Für die Volksversicherung eines Konsumvereins oder einer Privatgesellschaft sollen unsere Vertrauensmänner nicht tätig sein, nachdem der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands eine eigene Volksversicherung eröffnet hat. Ist der Vertrauensmann für die eigene Versicherung der christlichen Gewerkschaften tätig, dann kommt die Vergütung für Anwerbung von Versicherungsanträgen und Besorgung des Inkassos ihm selbst und den christlichen Gewerkschaften zugute. Besorgt er aber das Geschäft für die Konsumvereine, dann hat der Konsumverein und nicht die christliche Gewerkschaftsbewegung den Nutzen davon. Kein Vertrauensmann stelle sich in den Dienst einer fremden Volksversicherung, kein Mitglied lasse sich und seine Kinder in einer fremden Volksversicherung aufnehmen. Für Vertrauensmänner und Mitglieder kommt nur eine Volksversicherung in Betracht. Das ist die Volksversicherung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften in Köln am Rhein, Benloerwall 9.

Das Recht zum Schimpfen hat nicht nur der Spieler, der das Spiel verliert, sondern auch die Sozialdemokratie, welche zusehen mußte, wie ihr bei den jüngsten Krankenkassenwahlen recht viele Felle fortschwammen. So in Breslau, wo es gelang, 18 Mandate für uns zu holen, welche die bisher allein herrschenden Genossen abgeben mußten. Dann das für uns so erfreuliche Resultat in Köln, welches uns mit 19 Mandaten genau die gleiche Vertretung im Vorstände der neuen Ortskrankenkasse sicherte wie den Genossen, ferner in Dortmund, Halle usw. Es werden nunmehr Baschzettel in der roten Presse verbreitet, welche diese Erfolge in Niederlagen verwandeln sollen und dabei ganz erschreckliche Geschichten erzählt. In Köln sollen sogar die Nonnen mitgewählt haben. Der arme Mann, der das gesehen hat, war anscheinend während der Wahltag nicht ganz nüchtern. Den roten Verdrehungen gegenüber bleibt die Tatsache bestehen, daß an allen Orten, wo die christlichen Gewerkschaften mit Eifer die Wahlarbeit betrieben, ansehnliche Erfolge erzielt und die rote Alleinherrschaft beseitigt wurde. Wenn das zum Teil mit Hilfe der Frauen geschah, so kann uns das nur freuen. An all den Orten, wo die Wahlen noch ausstehen sind, sollten unsere Freunde sich die wertvolle Mitarbeit der Frauen sichern und mit Mut und Entschlossenheit an die Wahlarbeit gehen. Den ersten Erfolgen müssen weitere folgen.

Soziale Rundschau.

Krankenkassenwahlen. In Nülheim am Rhein bestehen zwei Ortskrankenkassen, die aufgelöst und deren Mitglieder einer Allgemeinen Ortskrankenkasse überwiesen werden. Die kleinere Kasse ist im Besitz der christlichen Arbeiter, während in der größeren die „Genossen“ dominieren. Bei der Ausschuszwahl zur neuen Allgemeinen Ortskrankenkasse entschied sich die Mehrheit der Wähler für die christliche Liste. Auf diese entfielen 656 Stimmen (15 Vertreter); auf die sozialdemokratische Liste 559 Stimmen (14 Vertreter). — In Lina reichten die „Genossen“ eine Liste ein, die vom Versicherungsamt für ungültig erklärt wurde. Es sind infolgedessen in Zukunft nur christliche Arbeiter im Ausschuss der Ortskrankenkasse vertreten. — In Mag. entfielen auf die Liste des katholischen Arbeitervereins (Sitz Berlin) 274 Stimmen (9 Vertreter); die Liste der christlichen Gewerkschaften 87 Stimmen (3 Vertreter); die vereinte Liste der sozialdemokratischen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 241 Stimmen (8 Vertreter). — In Wobis auf dem Eichsfelde, ebenfalls eine Domäne von „Sitz Berlin“, erhielt dieser 313 Stimmen (23 Vertreter); die christlichen Gewerkschaften zählten 120 Stimmen (8 Vertreter), während auf die Liste des bisherigen Kassenvorstandes 167 Stimmen (14 Vertreter) entfielen. — Im ziemlich roten Briege, wo die Genossen auch bisher in den Krankenkassen dominierten, erhielten diese 1200, die christlichen Arbeiter 475 Stimmen. Bei dieser Wahl haben sich eine Anzahl „Genossen“ gegenüber zwölf ja Wahlberechtigten, von denen angenommen wurde, daß sie die christliche Liste wählen würden, sehr fleißig benommen. — Die Wahl der Vertreter zur Ortskrankenkasse in Siegen hatte folgendes Ergebnis: Der christlich-nationale Ausschuss erhielt von 352 abgegebenen Stimmen 153. Die Vorstandsliste (Hirsch-Dunder und Soj.) erhielt 193 Stimmen. Erstere erhalten somit 17 Vertreter, letztere 23. Für die Christlich-Nationalen ist dies Ergebnis überaus günstig, da sie sich zum erstenmale an der Wahl beteiligten und gegen drei Fronten verteidigen mußten. Somit ist auch hier die sozialdemokratische Mehrheit gedrohen. — Die städtischen Wahlen zur allgemeinen Ortskrankenkasse in Bippstadt, haben mit einem glänzenden Siege der Kandidaten der christlichen Gewerkschaften geendet. Letztere erhielten über 1600 Stimmen, während diejenigen der Sozialdemokraten und der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften es auf nur rund 300 Stimmen brachten. Die Wahlbeteiligung war sehr stark.

Gewerbegerichtswahlen. Bei den Gewerbegerichtswahlen in Aachen (Beisitzer für die Textilkammer) wurden aus dem Kreise der Arbeiterjuror die Kandidaten christl. Gewerkschaften mit 1294—1298 Stimmen gewählt. Auf die Kandidaten der „Genossen“ fielen 504—505 Stimmen. — Bei der Gewerbegerichtswahl in Spandau, wo die „Genossen“ bisher ziemlich unbestritten das Feld behaupteten (christliche Gewerkschaften sind dort noch unbekannt), wurde den soziald. Gewerkschaften von den Gelben arg zugesetzt. Die rote Liste erhielt 6393 Stimmen (acht Beisitzer); die Liste der Gelben 2549 Stimmen (drei Beisitzer); die Hirsch-Dundersche Liste 321 Stimmen (ein Beisitzer). Die Genossen müssen an die Gelben drei Mandate abgeben.

Augenheilstätte Hohenhonnesf. Das bei Honnesf am Rhein gelegene Sanatorium Hohenhonnesf soll in den Besitz der Landesversicherungsanstalt übergehen. Es ist beabsichtigt,

das Sanatorium seinem bisherigen Zweck als Heilstätte für Lungenkranke zu erhalten. Während allerdings heute nur Privatpensionäre aus den sogenannten besseren Ständen dort selbst für schweres Geld behandelt werden, sollen in Zukunft die lungenkranken Invalideversicherungspflichtigen dort untergebracht werden. Gegen die Verwendung des Sanatoriums durch die Landesversicherungsanstalt zu dem angegebenen Zweck erheben die Honnesfer Spießbürger (die Bonnar und Köhler schließen sich ihnen an) ein Geschrei, als ob das Vaterland in Gefahr sei. Durch die Unterbringung der lungenkranken Proletarier fürchtet man einen Rückgang des Touristen- und Fremdenverkehrs im Siebengebirge und dadurch den materiellen Bankrott der Geschäftleute in Honnesf. In dieser Gegenagitation offenbart sich eine ungeheuerliche unsoziale Gesinnung. Gerade den Kranken sollte man den Aufenthalt an einem so schön gelegenen Orte wie Hohenhonnesf mit seinem wunderbaren Ausblick auf den Rhein und seine Schönheiten gönnen. In dem seelischen Wohlbefinden, das durch den Aufenthalt in einer an Naturschönheiten so reichen Gegend zu stärken sein wird, liegt zweifelsohne ein hervorragendes Mittel zur körperlichen Genesung. Was aber die Handlungsweise der Spießbürger als besonders schädlich erscheinen läßt, das ist die Tatsache, daß auch heute schon in Hohenhonnesf Lungenkranke behandelt werden, die sich durchweg in einem schlimmeren Zustande befinden, als diejenigen Kranken, die die Landesversicherungsanstalt dort unterbringen wird. Gegen die Behandlung der zahlungsfähigen Lungenkranken hat man sich bis dato nicht gewehrt. Kommen aber die Arbeiter, dann erhebt man Protest. Hoffentlich bleibt er ohne Erfolg, damit zahlreiche lungenkranken Arbeitern des Rheinlandes die Möglichkeit gegeben wird, von ihren Leiden an einem der schönsten Punkte ihrer Heimatprovinz befreit zu werden, daß Lebenslust, Lebensfreude und Familienglück wieder bei ihnen ihren Einzug halten.

Rheinisch-Westfälischer Konsumverein „Wohlfahrt“ (Sitz Altenessen). Dieser aus kleinen Anfängen emporgewachsene Konsumverein, der heute über 21 000 Mitglieder zählt, besteht im Monat September 10 Jahre. Seine Gründer waren 62 christliche Arbeiter in Werden an der Ruhr. Bis zum Schluß des ersten Geschäftsjahres brachte es der Konsumverein auf 1030 Mitglieder und 9 Verkaufsstellen mit einem Umsatz von 155 242 Mk. Der überall vordringende Gedanke der genossenschaftlichen Selbsthilfe verschaffte dem Verein eine immer größere Ausdehnung. Kleinere selbständige Konsumvereine, acht an der Zahl, wurden mit dem Werden Konsumverein verbunden. Das Netz der Verkaufsstellen wurde immer engermaschiger. Heute erstreckt sich das Gebiet des Konsumvereins zwischen Rwiges bei Ekerfeld und Dorsten an der Lippe und von Gelsenkirchen bis Kettwig. Die gewaltige Entwicklung machte die Verlegung des Sitzes und des Zentrallagers von Kettwig nach Altenessen notwendig. Hier erbaute der Konsumverein Lagerhäuser und Wertpapiere für die Eigenproduktion in erheblichem Umfange. Der Flächeninhalt des Konsumvereinsgrundstückes in Altenessen beläuft sich auf 13 688 Quadratmeter. Mit den Gebäulichkeiten repräsentiert das Anwesen einen Wert von rund 1 Million Mark. Die Hälfte dieser Summe trägt der Konsumverein aus eigenen Mitteln. An Eigenproduktionsbetrieben hat die „Wohlfahrt“ einen Rüstenbetrieb für Gerstenschrotterei, eine Bäckerei und eine Eisherstellung. Die Anlagen haben direkten Bahnananschluß, sodaß dadurch hohe Transportkosten erspart werden. Zurzeit verfügt die „Wohlfahrt“ über 72 Verkaufsstellen, die im letzten Geschäftsjahre einen Umsatz von 6 200 000 Mark hatten. Daneben wurde im Lieferantengeschäft ein Umsatz von 400 000 Mk. erzielt. Die Rückvergütung an die Mitglieder dürfte sich in diesem Jahre auf rund eine halbe Million Mark belaufen. — An der Spitze des ganzen Unternehmens steht unser Kollege Arnold Wiffels, dessen Umsicht und Tatkraft nicht zuletzt die großartige Entwicklung des Konsumvereins Wohlfahrt zu danken ist.

Zur Warnung für Bananschlager. Die Strafkammer zu Hannover verurteilte den Tischler Friedrich Eilers wegen jahrelanger Tötung zu drei Wochen Gefängnis. Durch ein herabstürzendes Fenster war an einem Neubau ein vorbeigehender junger Mann getötet worden. Dem Angeklagten wurde der Vorwurf gemacht, bei der Befestigung des Fensters vergessen zu haben, Stifte einzuschlagen, durch welche Fahrlässigkeit sich der Unfall ereignete. Mit Rücksicht auf seine Jugend und seine bisherige Unbestraftheit wurde der Angeklagte nur zu der angeführten Strafe verurteilt.

Stiftung eines Waggonfabrikanten. Kommerzienrat Georg Talbot hat dem Arbeiterunterstützungsfonds seiner Werke 100 000 Mark überwiesen. Ferner erhalten fünfzig alle Arbeiter mit 25 Dienstjahren jährlich einen viertägigen Erholungsurlaub. Die für die Aachener Fabrik bestehenden Wohlfahrts-Einrichtungen sollen in gleichem Maße den Arbeitern der vor kurzem in den Besitz der Firma Gustav Talbot & Co. übergegangenen Waggonfabrik J. Gossens in Schweizer-Aue zugute kommen.

Ueber sozialdemokratische Selbstenverehrung spöttelt die Tägliche Rundschau. Den „Bebel-Dosen“ und „Bebel-Zigarrenabschneidern“ folgen immer schönere Sachen, die im Vorwärts angepriesen werden. Es gibt jetzt „August Bebel-Anfedenadeln“, für die im Vorwärts (Nr. 216 vom 22. 8. 13) unter den „Gändlern und Hausierern, tüchtige Verkäufer“ gesucht werden, und „Bebel-Liebhaberschmuckmesser“ von erstklassiger Qualität“ für 30 Pfennige (Vorwärts Nr. 218 vom 24. 8. 13). Wer 15 Pfennige mehr bezahlt, dessen Name wird in Goldschrift auf die große Klinge eingraviert. Bezüglich der Bebel-Zigarrenabschneider stimmt übrigens ein Genosse in einer Zuschrift folgendes Klagegedicht an: „Es handelt sich bei den Bebel-Zigarrenabschneidern um minderwertige, mit einem Schneider verfehene Fleischschäpeln, deren Deckel mit einem Bebel-Bildnis überklebt ist. Allem Anschein nach sind diese Schäpeln bereits gelegentlich der Jahrhundertfeier-Jahrs angepriesen worden, denn unter dem Bildnis Bebels befindet sich das von Jahn.“

Aus einer „roten“ Krankenkasse. Der Einkassierer der Ortskrankenkasse Met, Gustav Reidel, wurde sofort seines Amtes enthoben, weil er 800 Mark Kassenvermögen unterschlagen hat. Die Staatsanwaltschaft wurde in Kenntnis gesetzt, um die notwendigen Schritte einzuleiten. Bis jetzt ist es nicht gelungen,

den ungetreuen Beamten zu ergreifen. Reidel ist Sozialdemokrat und hat in seiner Partei eine führende Rolle eingenommen. Wichtig ist es, festzustellen, daß Reidel bereits im Jahre 1912: 2000 Mark in der Kasse fehlten. Damals wollte er das Geld verloren haben. Die Arbeitgebervertreter der Krankenkasse aber trauten der Sache nicht recht und verlangten Ersatz für das nicht mehr vorhandene Geld. Reidel erhielt von Verwandten zum Zwecke der Deckung des Fehlbetrages 1000 Mark. Der damalige Vorsitzende der Kasse, ebenfalls ein führendes Mitglied der sozialdemokratischen Partei, gab Reidel den Rat, von dem erhaltenen Gelde nichts zu sagen. Als jedoch die Arbeitgeber hier Kenntnis erhielten, wurden die 1000 Mark mit Beschlag belegt. Desgleichen bemühten sich die Arbeitgeber, Reidel seines Amtes zu entsetzen, da sie berechtigtes Mißtrauen gegen diesen Mann hegten. Mit aller Kraft versuchte der sozialdemokratische Vorstand, den Genossen Reidel im Amte zu behalten. Wenn Reidel jetzt seitens seiner eigenen Genossen, welche die Vorstandsposten bekleiden, nach der neuerdings festgestellten Unterschlagung plötzlich entlassen würde, so soll dies darauf zurückzuführen sein, daß die Herren Genossen unter sich uneinig geworden sind und somit die Geheimhaltung der ganzen Sache ein Ende nahm.

Dieser neueste Fall sozialdemokratischer Krankenkassen-Mißwirtschaft beweist aufs neue, wie notwendig es ist, daß auch nichtsozialdemokratische Arbeiter bei den bevorstehenden Krankenkassenwahlen in den Ausschuss und Vorstand gewählt werden. Dieses ist auf Grund der jetzt wirkenden Verhältnismahl sehr wohl möglich.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Junungen und Arbeitskämpfe. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat in einem neuen Erlasse seine Ansichten über das Verhalten der Innungen in den wirtschaftlichen Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern noch einmal ausdrücklich klargestellt. Im Verlaufe der mannigfachen Lohnbewegungen der letzten Jahre hatte der Minister schon einmal und zwar im Landtage zu dieser Frage Stellung genommen, aber diese seine Meinungsäußerung wurde in den beteiligten Kreisen vielfach mißverstanden, so daß, wie der Minister in seinem Erlasse ausführt, es an der Zeit sei, seine grundsätzliche Ansicht den Parteien nochmals vor Augen zu führen. Die Innungen sind, so heißt

es in dem Erlasse weiter, in keinem Falle berechtigt, in den Kampf zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einzugreifen; so ist es z. B. unzulässig, wenn die Innungen ihre Mitglieder verpflichten, alle organisierten Arbeiter zu entlassen und nur solche einzustellen, die den bekannten Kevers über das Organisiertsein unterzeichnen; ferner ist es unzulässig, den Mitgliedern Sonderabmachungen mit der Arbeiterschaft zu untersagen und auf die Nichtbefolgung aller dieser Vorschriften irgendwelche Strafen zu legen. Es wird weiterhin in dem Erlasse noch einmal darauf hingewiesen, daß die Verpflichtung, bestimmte Kategorien von Arbeitern einzustellen, gegen den § 41 der Gewerbeordnung verstößt. Selbstverständlich sind auch die Mitglieder nicht berechtigt, Verträge abzuschließen, deren Erfüllung mit den Zwecken der Innungen nicht in Einklang zu bringen wäre. Der Schlusssatz des Erlasses erkennt ausdrücklich die Berechtigung der Innungen an, besondere Arbeitsnachweise für ihre Mitglieder einzurichten, verbietet den Innungen aber ebenso ausdrücklich, ihre Mitglieder zur Benutzung dieses Arbeitsnachweises irgendwie zu verpflichten. Mit der Bestimmung über das Arbeitsnachweiswesen ist, da fast alle Tarifverträge im Holzgewerbe, die den paritätisch-obligatorischen Arbeitsnachweis vorsehen, mit Innungen vereinbart wurden, dem Obligatorium im Arbeitsnachweis ein geradezu tödlicher Sieb verjast.

Aus dem gewerblichen Leben.

Zuchthauskonkurrenz den ehrlichen Arbeitern! Wie die Arbeitslosigkeit sogar durch den Militarismus gefördert wird, lehrt folgender Fall: In Friedberg (Hessen) werden neue Kasernen gebaut. Die Schreinermeister reichten ihre Leistungsangebote ein. Die Preise wurden aber zu hoch bezeichnet und abgelehnt. Mündliche Verhandlungen zum Herabdrücken der Preise hatten keinen Erfolg. Daraufhin wurden die Arbeiter an die Zellenstrafanstalt in Buzbach vergeben. Eine Eingabe der Handwerkskammer an das Hessische Ministerium wurde dahin beantwortet, daß die Preise der Meister gegen die des Gefängnisses zu hoch gewesen wären. — Soweit ist's also schon gekommen, daß anständige Handwerksmeister, ehrbare Arbeiter, mit dem Zuchthaus in Konkurrenz zu treten haben. Es müßte doch auch einem hessischen Ministerium einleuchten, daß man das Handwerk nicht mit dem Zuchthaus auf eine Stufe stellen kann. Daß die Parlamente den Herren von den Behörden mal gründlich den Standpunkt klar machen, erscheint unbedingt notwendig.

Wissenswertes aus der Holzindustrie. Einem Vortrag des Landtagsabgeordneten Deumer auf dem Verbandstag des Zentralverbandes von Vereinen deutscher Holzinteressenten entnehmen wir folgende Angaben, welche die Bedeutung der Holzindustrie schildern. Das deutsche Holzgewerbe beschäftigt zur Zeit über 2 Millionen Erwerbstätige und steht bezüglich der Anzahl der Betriebe an dritter Stelle der Gewerbestatistik. Bedeutend sind die Waldbestände in unseren Kolonien, von denen Deutsch-Ostafrika 484 1/2 Hektar Waldfläche aufweist. In Kamerun kommen hauptsächlich Edelhölzer in Betracht, von denen im Jahre 1911 schon Mengen im Werte von 388 187 Mark ausgeführt wurden, während Afrika in demselben Jahre allein an Bau-, Nutz- und Edelhölzern 5 916 10 Kilogramm im Werte von rund 480 000 Mark ausfuhrte. Wie sehr Deutschland ausländisches Holz bedarf, beweist die Tatsache, daß die Einfuhr 1912 an rohen Bau- und Nutzhölzern 3,7 Mill. Tonnen im Werte von 131,1 Mill. Mk. betragen hat, der eine Ausfuhr von 0,20 Mill. Tonnen im Werte von 7,1 Mill. Mk. gegenüber steht. In Holz und Holzwaren wurden eingeführt 79 862 154 Doppelzentner im Werte von 418 491 000 Mk., ausgeführt 6 681 540 Doppelzentner im Werte von 102 487 000 Mk. Die Ausfuhr überschritt somit im Jahre 1912 zum erstenmal die hundertste Million, was einen berechtigten Rückschluß auf einen vorzüglich durchgebildeten Forstwesen und auf die erfolgreichen Anstrengungen unserer Holzindustrie zur Hebung der Ausfuhr zuläßt. Der Holzverkehr auf deutschen Eisenbahnen mit 21,1 Mill. Tonnen den fünften Platz behauptet, vor ihm stehen Steinkohlen, Koks und Bricketts mit 135,4, gebrannte Steine mit 42,1, Braunkohlen, Koks und Bricketts mit 38,8, Erden mit 24,5 Mill. Tonnen, nach ihm kommen Eisenerze mit 16,3, Düngemittel mit 14,4 Mill. Tonnen. Der Holzverkehr auf deutschen Binnenwasserstraßen betrifferte sich 1911 auf rund 6 089 773 Tonnen.

Unhaltinische Automobil- und Motorenfabrik A. G. in Dessau. Die Gesellschaft befindet sich in Zahlungsschwierigkeiten. Mit den Gläubigern wurde ein außergerichtlicher Vergleich geschlossen auf der Grundlage von 40 Prozent. Zur Neugestaltung des Unternehmens werden die Aktien zusammengelegt.

Sterbetafel.

Georg Fuchs, Parteilager, 63 Jahre alt, gestorben zu München. Ruhe in Frieden!

Genossenschaftliche Bütten-Fabrik Ramberg.

Aktiva		Bilanz vom 30. Juni 1913.		Passiva		Soll		Gewinn- und Verlust-Konto.		Haben.	
	Mk.	Pfg.		Mk.	Pfg.		Mk.	Pfg.		Mk.	Pfg.
Gesamt	23429	43	Gewinn-Korrent-Konto	17070	74	Umlauf-Konto	27476	09	Umlauf-Konto	103549	27
Schuld an 30. 4. 1912	1067	49	Kreditorenkonto lt. Buchauszug	8608	60	Zinsen u. Provisionen	9603,58		Umlauf-Konto	106540	
Vorrat-Konto	1513	13	Kreditorenkonto	43550	00	Allgemeine Umlaufen	9540,55		Bruttouberschuß 1912/13		
Schuld an 30. 4. 1913	5302	62	Schuld an 30. 4. 1913			Bank. Port. u. sonst. Abzüge	4248,50				
Kontokorrent-Konto			Schuld an 30. 4. 1913			Reisekosten	3145,85				
Umlauf-Konto			Schuld an 30. 4. 1913			Berichte	937,61				
a) Vorrat an Holz u. Hölzer	13572,00					Abreibungen					
b) Rohmaterialien	2127,96					Mobilien	285,00				
c) Fertige Waren	3624,93					Immobilien	1332,47				
Umlauf-Konto						Maschinen	1852,50				
Endwert am 1. Juli 1912	1900,00					Lohn- und Gehalt-Konto					
Zugang pro 1912/13	100,40					Löhne u. Gehälter pro 1912/13	72081	23			
	1900,40					Gewinn- und Verlust-Konto					
Abgang	285,00					Gewinn pro 1912/13	521	93			
Umlauf-Konto											
Endwert am 1. Juli 1912	59745,00										
Zugang pro 1912/13	4550,00										
	64295,00										
Zugang pro 1912/13	2239,97										
Abgang	57135,97										
Umlauf-Konto											
Endwert am 1. Juli 1912	24558,00										
Zugang pro 1912/13	242,50										
	24800,50										
Abgang	1852,50										
Umlauf-Konto											
Endwert am 1. Juli 1912	7586,88										
Zugang pro 1912/13	521,93										
	8108,81										
	23429	43									

Anzeigen der Zahlstellen.
Vorstand.
 Der Arbeitsnachweis befindet sich auf dem Verbandsbüro, Westerbüchstr. 64, Telefon 3879. Offene Stellen wollen dort umgehend gemeldet werden. Reijennunterstützung wird ebenfalls auf dem Büro ausbezahlt. Das Verbandsbüro befindet sich bei Bergstr. Westerbüchstr. 2.

Ein tüchtiger Möbelschreiner
 sowie ein
Schreiner auf Kirchenarbeit
 sofort gesucht.
 Druckerwartung Stuttgart des Zentralverbandes Gröhl Holzarbeiter.
Tüchtige Stuhlmacher
 in Holzer und besten Stühle haben dauernde Beschäftigung.
 Frankfurter Holzfabrik
 Frankfurter (Höhl).

Staatlich unterstützte städtische Fachschule für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf.
TAGES-KURSE FÜR SCHREINER
 (44 Std. wöchl.) Jeden Monat neue Unterrichtsstoffe (Buchf. Geschäftsbriefwechsel, Wechselkde., Rechnen, Kalkul., Fläch- u. Körperberechn., gewerbli. Gesetzeskde., Stül- u. Formcal. Mat., Werkz., Maschinenkde., Freihandz., Fachzeichnen). Die Kurse bereiten auch auf die MEISTER-PRUEFUNG vor. Meisterstück kann in der Schule angefertigt werden. EINTRITT und AUSTRITT jederzeit möglich; die Kurse gestatten beliebige Unterbrechung in der Ausbildung. SCHULGELD: 10 Mark pro Monat, 40 Mark für 4-5 Monate. AUFNAHME-BEDINGUNGEN: Vollendung des 17. Lebensjahres und mindestens zweijährige Praxis. PROGRAMM steht kostenlos zur Verfügung. ANMELDUNGEN u. ANFRAGEN sind zu richten an die Direktion der Fachschule zu Düsseldorf, Charlottenstr. 37. Der Direktor: ZILLMER.

Es ist die höchste Zeit,
 daß jeder, der der Krankengeldversicherung des Zentralverbandes Gröhl Holzarbeiter Deutschlands eiz. GbV, Beisitzeramt 9, noch nicht beigetreten ist, beitrete.
 Beitrag nach Best. 20, 30, 45 oder 50 Pfennig pro Woche.
 Krankengeld: 75, 110, 165, 200 Pfg. für jeden Kalendermonat.
 Aufnahmegebühr halber 40 Jahre.
 Rückens bei den Krankengeldern.

Überall kann mans hören
 daß Walde „Der praktische Tischler“ das beste Lehr- und Vorlagebuch für jeden Tischler ist. Das über 200 Seiten starke Werk mit 1085 Zeichnungen, 54 ein- und 8 mehrfarbigen Tafeln und 2 zierliche Holzeisen kostet nur Mk. 22.— Die Zahlung kann in monatlichen Raten à Mk. 3.— erfolgen. Wer nachwärts kommen will, muß dieses von Kollegen als tüchtig empfohlenes Werk besitzen; es erleichtert jedem das Fortkommen und hilft verdienen. Man bestelle die günstigen Zahlungsbedingungen und bestelle es noch heute von G. G. Richter, Kreisr., Buchhandlung, Leipzig, Salomonstr. 10a.

Bleistifte
Metermasse, Notizbücher
 liefern zum Verkauf in den Zahlstellen preiswert u. gut. Muster-Sortiment von Bleistiften geg. Einsendung v. 1 M. in Briefmarken. Lieferant der Zahlstelle Köln des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.
Ein tüchtiger Fournierer
 sowie
ein Polierer und Beizer
 sofort gesucht.
Heinrich Maas
 Mech. Bau- und Möbelschleifer
 Böttcherstr. 1 Westf.
Ältere, tüchtige Tischler
 welche auf Reichmöbel eingearbeitet sind, sind noch ein:
Phönix-Möbelwerke, Detmold.
Eingelegte Fourniere für Nüchternen
 Schattullen und Füllungen.
 Musterbogen gegen 20 Pfg. in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungsbriefe.
Gustav Biller, Parquetier
 Heidelberg, Theaterstraße 2.

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 38.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln, den 19. September 1913.

Insertionspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengefüge und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Deulerwall 9. Telefonruf B. 1545. — Redaktionschluss ist Montag Mittag.

14. Jahrg.

Sozialdemokratie u. Sozialpolitik.

Diejenigen Kreise, die sich auch heute noch nicht mit unserer sozialen Gesetzgebung und dem in dieser verkörperten Prinzip der Staatshilfe abfinden können, weisen mit Vorliebe darauf hin, daß diese soziale Gesetzgebung das weitere Vordringen der Sozialdemokratie nicht habe aufhalten können, daß die Hoffnung, daß die gemeinsame Arbeit an gemeinsamen Zielen manchen mildern oder beseitigen werde, was der Klassenkampf zwischen den Menschen aufgeführt hat (Prof. Bernhardt: Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik), sich als bittere Täuschung erwiesen habe.

Diese letztere Behauptung ist, wie Prof. Dr. Hise in seiner unlängst erschienenen Schrift: „Zur Würdigung der deutschen Arbeiter-Sozialpolitik“ (M. Glöckner, Volkswirtschafts-Verlag) mit Recht betont, nur zum Teil richtig. Daß die Sozialreform Wille in Schafe umwandeln würde, hat niemand geglaubt. Daß die weltgeschichtlichen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit sich durch einige Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Mißstände friedlich begleichen würden, konnte auch von keinem vernünftigen Beurteiler, der auf den Grund der Dinge sah, angenommen werden. Kein Geringerer, als einer der Mischöpfer der deutschen Arbeiterversicherung, Fürst Bismarck, hat sich vor solchen Illusionen wohl gehütet. Er hielt es für eine Utopie, die Menschen überhaupt hier auf Erden zufriedenzustellen zu können, für einen Traum eines tausendjährigen Reiches, der nur verwirklicht werden könne, wenn die Menschen Engel seien, für ein Hirngespinnst, für ein Phantom, das sich nicht greifen läßt, wenn man ihm nahe. Die Unzufriedenheit werde sich, solange Menschen Menschen seien und in der Welt mit ihren Verschiedenheiten und Gegensätzen lebten, nicht auflösen lassen.

Wer heute sät, kann morgen unmöglich ernten. So kann auch die innere Veröhnung und die Wiedergewinnung der Massen nicht von heute auf morgen erreicht werden, sondern nur das Wert jahrzehntelanger, aufsteiger, systematischer, pflichttreuer und opferwilliger Arbeit in Schule, Kirche, Gesellschaft und Staat sein, kann vor allem nur durch die vereinigten Bemühungen von sozialem Pflichtgefühl durchdrungener Arbeitgeber und der ruhigen, gerecht und vernünftig denkenden Arbeiter und ihrer Organisationen gesichert werden. Was in Jahrzehnten verfaumt war, konnte nicht in Jahrzehnten wieder gut gemacht werden. Umgekehrt erfordert es die Arbeit von Generationen, die Einbußen in unsern sittlichen Volkskräften wieder auszugleichen, unser Volk wieder mit dem freudigen Glauben und Vertrauen in den Bestand unserer Gesellschaftsordnung und den gerechten Sinn der dirigierenden Klassen zu erfüllen, das Gefühl der christlichen Solidarität, die Liebe zu Vaterland und Kirche neu zu beleben und zum Gemeingut der ganzen Nation zu machen. Das ist eine Erziehungsaufgabe, die die Einsetzung der besten Kräfte erfordert. Wer eine solche innere Umwandlung von dem „bischen“ Arbeiterschutz oder dem „Groschen“ der Arbeiterversicherung erwartet hat, muß eben seine Kurzsichtigkeit, aber nicht die Sozialreform für seine Enttäuschung verantwortlich machen.

Was man im übrigen von der Sozialreform vernünftigerweise erwarten durfte, hat sich zum guten Teil erfüllt. Die wirtschaftliche, gesundheitliche und soziale Lebenshaltung unseres Arbeiterstandes hat sich mächtig gehoben. Die berechtigten stürmischen Anklagen haben sich gemindert; ihnen sind die Unterlagen zum guten Teil entzogen. Die Sozialdemokratie hat zwar an Zahl zugenommen, aber zum wesentlichen Teil nur, weil man in ihr fälschlich die treibende Kraft zum Fortschritt erblickte. Die wissenschaftlichen Unterlagen des Sozialismus sind erschüttert. Ihr Erfurter Programm ist durch die Kritik aus den eignen Reihen vollends ausgehöhlt. Der Glaube an eine neue gesellschaftliche Ordnung voll Harmonie, Glück und Frieden — den Zukunftsstaat — wird in den eignen Reihen nicht mehr ernst genommen. So ist die Sozialdemokratie immer mehr zu einer radikalen politischen Partei geworden. Die sozialen Forderungen und Klagen treten mehr und mehr gegenüber den politischen zurück. Alle ihre Reden und Flugblätter, ihre Anträge in den Parlamenten, die sie zur Verhandlung bringt, haben fast ausschließlich politischen Charakter. Allgemeines Wahlrecht in Preußen, Beseitigung der Hölle und indirekten Steuern, Bekämpfung von Militär und Marine, Bekämpfung der christlichen Schulen usw. sind die Fragen, mit denen sie die Massen aufzupeitschen sucht. So hat sich die Sozialdemokratie im Zeitalter der sozialen Gesetzgebung gewandelt.

So kann man denn wohl mit Recht fragen: Hat die Sozialreform ihre Wirkung tatsächlich verfehlt? Und: Was würde wohl sein, wenn wir die breiten Massen unserer Bevölkerung herzlos den „Gesetzen“ der kapitalistischen Entwicklung preisgegeben hätten? Dürfen wir uns nicht freuen — und erkennen auch das Ausland diese Notwendigkeit nicht immer mehr? —, daß sich bei uns schon vor Jahrzehnten die Aufklärung Bahn gebrochen hat und in kraftvollen Einrich-

tungen fruchtbar geworden ist, die der neue Präsident der Vereinigten Staaten Nordamerikas, Wilson, in seine Antrittsrede als Zukunftsprogramm seiner Regierung aufgenommen und feierlich verkündigt hat. Nachdem er den gewaltigen Aufschwung der Vereinigten Staaten unter den frühern Präsidenten geschildert, weist er auf die dunklen Seiten dieser Entwicklung hin. Mit dem Guten sei auch das Uebel gekommen, „viel echtes Gold zerfressen worden“. Insbesondere:

Wir sind stolz gewesen auf unsere industriellen Leistungen, aber wir haben bisher den Menschenwert nicht hoch genug angeschlagen. Die peinvollen Seufzer aus den Bergwerken, den Fabriken und all den Stätten, wo der Kampf um das Dasein seinen eigentlichen Sitz hat, dieser ernste rührende Unterton unseres Lebens war nicht zu unsern Ohren gedrungen. Die große Regierung, die wir geliebt haben, ist zu oft zu privaten und selbstsüchtigen Zwecken mißbraucht worden. Unsere Pflicht ist es nun, das ganze öffentliche Leben zu reinigen und mit Humanität zu erfüllen, ohne es schwach oder sentimental zu machen. Unser Gedanke war, daß jeder Mann und jede Generation für sich selber zu sorgen habe, und wenn wir auch nicht vergessen hatten, daß unsere Politik dem bescheidensten Manne ebenso wie dem Mächtigen dienen müsse, so waren wir doch sehr eilig in dem Drange, groß zu werden. Jetzt sind wir zu ruhigen Nachdenken gekommen. Die Binde ist von unsern Augen gefallen, unser Wert ist ein Wert der Wiederherstellung.

Wilson bedauert, daß bisher noch so wenig „die Mittel studiert und vervollkommen“ seien, wie die Regierung in den Dienst der Humanität gestellt werden könnte zur Förderung des Wohles der Nation“. Er fährt fort:

Gleichberechtigung und Bewegungsfreiheit, die eigentlichen Grundlagen der Gerechtigkeit in einem politischen Körper, können nicht bestehen, wenn Männer, Frauen und Kinder nicht in ihrem Leben, in ihren eigenen Lebensbedingungen gegen die Folgeerscheinungen der großen industriellen und sozialen Prozesse geschützt werden, an denen sie nichts ändern, die sie nicht lenken und mit denen die einzelnen nicht fertig werden können. Sanitäre Gesetze, Nahrungsmittelgesetze und Gesetze über die Arbeitsbedingungen, welche die einzelnen für sich selbst festzusetzen nicht die Macht haben, das sind die wichtigsten und eigentlichen Aufgaben der Gerechtigkeit und der Gerechtigkeit.

Das sind Worte hoher Staatsweisheit, einer Staatsweisheit, die in unserm monarchischen Vaterlande schon mehr als 30 Jahre Gemeingut ist. Aber fast scheint es, als ob wir uns derselben neu bewußt werden müßten gegenüber dem lähmenden Pessimismus, der sich so vielfach in unserm politischen Leben bemerkbar macht und in Äußerungen, wie oben wiedergegeben, sich Luft zu machen sucht. Mit welchem Rechte, mögen vorstehende Darlegungen gezeigt haben!

Das „Mittelstandshaus“ in Bochum.

Wie die Zeiten sich ändern! Vor einigen Jahren noch gab es Leute, die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit räsonierten über Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre, als über Leute, die sich von den Groschen der Arbeiter mäßen usw. Als Heber und Anführer wurden sie gebrandmarkt und verfolgt und manche Personalakten guter, deutscher Arbeiter auf den Polizeibüros und den Bezirkskommandos haben auf Verreiben gewisser Leute eine eigenartige Verfassung erlangt.

Sei dem, wie es wolle, heute liegen die Dinge wesentlich anders. Dieselben Leute, die früher über die Einrichtungen der Arbeitersekretariate seitens der Arbeiter wetterten und tobten, haben heute dieselben Einrichtungen, ja weit größere und bedeutendere. Es sind das die Handwerker- und Mittelstandsfekretariate, die gerade wie Pilze aus der Erde schießen.

Eine ganz neuartige Einrichtung haben die Mittelständler jetzt in Bochum getroffen. Vor kurzer Zeit wurde hier ein „Mittelstandshaus“ eingerichtet. Das „Mittelstandshaus“ vereinigt alle Bestrebungen in sich, die der gesamte Mittelstand heute an den Tag legt. Angehörig sind demselben die Organisationen (Zünfte usw.) der Handwerker, Detaillisten, Haus- und Grundbesitzer, Wirte, ja sogar der Ärzte. Alle Fragen des öffentlichen Lebens, der Gesetzgebung, der Kommunal- und Sozialpolitik werden hier vom Standpunkte des Mittelständlers behandelt und entsprechende Aktionen eingeleitet. Nicht ständige Beamte, zum meist Juristen und Nationalökonom, sind bereits im „Mittelstandshaus“ angestellt und tätig. Zur Zeit findet ein akademischer Kursus im „Mittelstandshaus“ statt, wo angehende Juristen und Nationalökonom für die Sondertätigkeit in der Mittelstandsbewegung vorbereitet werden.

Wie diese Tätigkeit wirkt, das zeigt sich recht deutlich in den Spalten der Tagespresse, es zeigt sich in dem Aufmarsch der Mittelständler bei allen öffentlichen Angelegenheiten. Man muß es diesen Leuten lassen, sie verstehen es außerordentlich, Stimmung zu machen.

Für uns Gewerkschaftler kann die neuere Gestaltung der Mittelstandsorganisation nicht gleichgültig sein. Wenn wir es auch mit Freude begrüßen können, wenn seitens des Mittelstandes eine vernünftige Preispolitik betrieben, wenn das Kreditwesen reformiert, wenn auch sonst der Mittelstand als Standesgruppe sich überall Einfluß verschafft, so werden doch zweifellos die Interessen der Arbeiter und kleinen Beamten sich sehr oft kreuzen. Es sei nur an das Genossenschaftswesen (Konsum- und Baugenossenschaft), an das Tarifvertragswesen, an unsere soziale Gesetzgebung erinnert. Wir werden unsere gesamten Kräfte anstrengen müssen, wenn wir uns im Wirtschaftsleben einen angemessenen Platz sichern wollen. Unsere Funktionäre werden alles daran setzen müssen, durch Wort und Schrift die Interessen der Arbeiter genügend gegenüber den Mittelständlern zu schützen. Aber auch alle unsere Kollegen müssen sich darüber klar werden, daß sie ein reges Leben innerhalb unserer Organisation aufrecht erhalten müssen, daß sie ebenso kraftvoll aufmarschieren, wenn es gilt, öffentlich seine Stimme zu erheben, wie auch die Mittelständler. Ganz neue Aufgaben werden uns gestellt werden, neue Schwierigkeiten werden entstehen. Sie müssen überwunden werden.

Der erste größere Aufmarsch seitens des „Mittelstandshaus“ in Bochum soll am Sonntag, den 14. September, erfolgen. Über 10 000 schriftliche Einladungen sind ergangen, auch an sehr viele unserer Kollegen. In der Versammlung spricht Herr Bürgermeister Dr. Oberle aus Kessen über die Notwendigkeit und Bedeutung der Mittelstandsforderungen, insbesondere über die Fragen des angemessenen Preises, der Warenhäuser, der Konsumvereine, des heimlichen Warenhandels, der Geldverschaffung, sowie der Stellung zu den übrigen Ständen. Das „Mittelstandshaus“ in Bochum hat im Auftrage folgender Mittelstandsgruppen zu einer großen Kundgebung eingeladen:

1. Innungsansicht zu Bochum; Schutzverband der Bauinteressenten des Bochumer Stadt- und Landkreises (G. B.); „Germania“, Zentralverband deutscher Bäckerinnungen, Zweigverband Westfalen (Sitz Bochum).
2. „Constantia“, Verein für katholische Kaufleute und Beamte (G. B.); Kaufmännischer Verein (G. B.) zu Bochum; „Degrofa“, Schutzgemeinschaft des Lebensmittelhandels (Sitz Bochum); Detailhandel- und Gewerbe-Verband Deutschlands (Sitz Bochum).
3. Die Haus- und Grundbesitzer-Vereine von Bochum und Umgegend.
4. Innungsansicht zu: Dortmund, Gelsenkirchen, Hattingen, Herne, Ranne, Witten.
5. Mehrere Korporationen des Kaufmanns-, Handwerks- und Haus- und Grundbesitzerstandes aus: Eickel, Langendreer, Wattenscheid und Werne.

Bochum, 7. September 1913.
Über den Verlauf der Tagung sowie über die weitere Entwicklung des Mittelstandshaus werden wir in der nächsten Nummer berichten, weil diese Sachen uns nicht gleichgültig sind.

Sparkassen und Staatspapiere.

Es ist bekannt, daß die Regierung zur Hebung der Kurse der Staatspapiere die Sparkassen zwingen will, einen Teil ihrer Gelder in Staatswerten anzulegen. Bevor über die Berechtigung oder Nicht-Berechtigung dieses Anspruchs ein Urteil gefällt werden soll, muß untersucht werden, in welchen Ursachen der Tiefstand der Staatspapiere seine Gründe hat.

Die am Geldmarkt gehandelten Werte trennen sich in die festverzinslichen Papiere, Rentenpapiere, unter denen die Staatspapiere die wichtigste Klasse bilden, und die Papiere mit schwankenden Erträgen, die Dividendenpapiere, die Aktien. Unter diesen Papieren sucht sich das Anlage suchende Kapital diejenigen Werte aus, die ihm, entsprechend der Sicherheit, die höchsten Zinsen einbringen. Nun werden die Dividendenpapiere die höchste Verzinsung haben, eben infolge des größeren Risikos, daß sie mal höhere, dann geringere und vielleicht auch gar keine Dividende herausbringen. Die festverzinslichen Papiere tragen eine größere Sicherheit in sich, die durch den Träger der Schuldverschreibung, wie Staat, Provinz, Kommune, oder durch Verpfändung von Immobilien gewährleistet ist. Es wird somit die Verzinsung eine geringere sein, doch darf sie nicht so gering sein, daß der Anreiz, Geld in diesen Papieren anzulegen, bei einem, wenn auch geringeren Zinsfuß bei größerer

gegen das, was gar nicht darin steht, sucht man sich zu verteidigen. Daß bei einer solchen Methode die allfälligen Dinge passieren, braucht niemand zu wundern. Er schreibt: „In der fraglichen Versammlung stellen wir in Gegenwart der christlichen Verbandsleitung fest, daß sämtliche Kollegen, einschließlich der „Christen“, beschlossen hatten, den Vorschlag des Unternehmers abzulehnen und neun Stunden pro Tag zu arbeiten, weil genügend Beschäftigung vorhanden sei. „Was man also mitverbrochen hat, will man andern allein an die Rodschöhe hängen.“ Darin, daß beschlossen wurde, auch von unseren Kollegen, neun Stunden, wie es der Vertrag vorseht, zu arbeiten, steht nach dem Vorgehenden die Holzarbeiter-Zeitung ein Verbieten. Höher geht es wohl nimmer. Wie verhält sich der Sachverhalt? Nach Ausräumung des Vertrages, wurde in dem Betriebe an Stelle der bisher 10 stündigen der 9 stündigen Arbeitszeit eingeführt. Am Samstag erlärte der Arbeitgeber jedoch: „In Zukunft wird wieder 10 Stunden gearbeitet.“ Es stellte sich nun heraus, daß der Genosse F., Mitglied des roten Holzverbandes, den Arbeitgeber ersucht hatte, wieder 10 Stunden arbeiten zu lassen. Hiergegen machten unsere Mitglieder Front. Die Vertreter beider Organisationen wurden bei dem Arbeitgeber vorstellig. Dieser machte nun den Vorschlag, eine Zeit lang nur 8 Stunden arbeiten zu lassen anschließend wegen Arbeitsmangel. Man einigte sich 9 Stunden, wie es der Vertrag vorseht, zu arbeiten. Diesem stimmten, wie die „Holzarbeiter-Zeitung“ selbst feststellt, auch unsere Kollegen bei. Das ist in unserem Artikel auch nicht in Abrede gestellt. Wir haben hierzu auch gar keine Veranlassung, selbst wenn die „Holzarbeiter-Zeitung“ darin etwas steht, das wir mit verbrochen hätten. Was wir feststellen war, daß es rote Verbandsmitglieder gibt, die den Arbeitgeber ersuchen 10 Stunden arbeiten zu dürfen. Bemerkenswert ist auch die Logik, mit der die Holzarbeiter-Zeitung die verschiedenartigsten Dinge zusammen konstruiert. Dadurch, das verschiedene unserer Kollegen, wenn sie den christlichen Durchschnittslohn verlangen und ihnen dann gesagt wurde, daß ältere Arbeiter im Betriebe denselben auch nicht erhalten, meistens die Stellung quittieren mußten, folgert die „Holzarbeiter-Zeitung“, daß wir nicht die wenigsten Arbeitslosen hätten. Daran könnte man schließen, daß die „Holzarbeiter-Zeitung“ der Ansicht ist, daß es nicht nur Dugende von Betrieben sind, in denen ihre Mitglieder unter dem Durchschnittslohn arbeiten und deshalb unsere Kollegen bei Verlangen desselben eben die Stelle wieder verlassen müssen. Weiter glaubt die „Holzarbeiter-Zeitung“ folgern zu sollen, daß die Kölner Unternehmer gegen ihre eigenen Interessen handeln, wenn sie Gehäusen beschäftigen, die auf die Einhaltung des Tarifes Wert legen. Als ob nicht beide Vertragskontrahenten aus den verschiedensten Gründen ein Interesse an der Einhaltung des einmal abgeschlossenen Vertrages hätten. Wir sind nicht der Ansicht, daß es im Interesse der Arbeitgeber liegt, wenn in einzelnen Betrieben die tarifliche Löhne und Zulagen nicht bezahlt werden oder ein kraßes Überfordern vor sich greift. Sollte die „Holzarbeiter-Zeitung“ oder ihr Kölner Artikel-Schreiber anderer Ansicht sein, so könnte man die Schlusssätze in dem letzten Artikel der „Holzarbeiter-Zeitung“ bald als „empfehlende Erinnerung“ an die Arbeitgeber ansehen. Mögen sich die „Genossen“ in Zukunft merken: „Wer im Glashaufe sitzt, soll nicht mit Steinen um sich werfen.“

Kachen. Die Waggonfabrik Gossens, welche vor einigen Jahren von Kachen nach Schweiler verlegt worden ist, ist vor kurzem in den Besitz des Waggonfabrikanten Talbot übergegangen. Infolge letzterer gegenwärtig zwei größere Waggonfabriken besitzt. Nebenher nun hat sich wieder ein neues Konstruktum, an deren Spitze Herr Gossens steht, gebildet, welche beabsichtigt, in Brand bei Kachen eine neue Waggonfabrik zu errichten. Die Firma wird den Namen H. J. Gossens & Cie. tragen. Sie besteht aus fünf Gesellschaftern. Das Stammkapital beträgt 1.000.000 Mark. Ein Grundstück von 60 Morgen ist bereits angekauft worden. Rüd den Vorarbeiten soll schon möglichst schnell begonnen werden. Voraussichtlich sollen nur ein Bureaugebäude und mehrere Hallen errichtet werden, da man sich zunächst auf den Bau von Güterwagen beschränken will. Außerdem wird eine Gleisanlage hergestellt. Für das Jahr 1918 ist dann eine Vergrößerung des Werkes geplant, da dann der Betrieb auf die Herstellung von Personenzugwagen ausgedehnt werden soll.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftler und Volksversicherung der Konsumvereine. Im „Holzarbeiter“ wurde schon darauf aufmerksam gemacht, daß die „Volksversicherung“ durchaus zu fördern ist. Eine Gewerkschaft zu ersehen, vermag die Volksversicherung aber ebenso wenig, wie Konsumvereine und andere soziale Einrichtungen, die ebenfalls den Interessen des Arbeiterstandes dienen. Wir müssen deshalb zuerst für die Gewerkschaft eintreten. Erst nach der Gewerkschaft kann die Volksversicherung kommen. Verschiedene Konsumvereine (Wohlfahrt-Altenessen, Eintracht-Mühlheim a. Rh. etc.) entwickeln nun in letzter Zeit unter den christlichen Gewerkschaftlern eine lebhaft Bewegung für ihre Volksversicherung. Infolgedessen sind eine Anzahl Anfragen von Vertrauensleuten und Mitgliedern bei uns eingelaufen, wie sie sich dieser Agitation gegenüber verhalten sollen. Alle Anfragen laufen in folgende zwei Hauptfragen zusammen: 1. Sollen unsere Vertrauensleute für die Volksversicherung des Konsumvereins tätig sein? 2. Sollen unsere Mitglieder sich der Volksversicherung des Konsumvereins anschließen?

Beide Fragen beantworten wir mit einem glatten Nein. In Sachen der Volksversicherung ist mit den Konsumvereinen keine Arbeitsgemeinschaft möglich. Die Konsumvereine wollen bei der Volksversicherung nur an sich. Sie sollen sich in erster Linie an die gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeiterkreise, an die Landbevölkerung, an das Heer der kleinen Beamten und Angestellten wenden. Das geschieht aber nicht. Sie wenden sich im Gegenteil in erster Linie an unsere Vertrauensmänner und Mitglieder. Für unsere Mitglieder ist nur die Volksversicherung der christlichen Gewerkschaften da. Wenn überhaupt versichert werden soll, kommt sie zuerst in Frage. Unsere Mitglieder sollen eine Versicherungspolice unterschreiben, die den Ausdruck hat: **Volksversicherung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften in Köln am Rhein, Benloerwall 9.** Jede Police mit einem anderen Ausdruck ist mit Entschiedenheit zurückzuweisen.

Sollen unsere Vertrauensmänner sich neben ihren gewerkschaftlichen Aufgaben in den Dienst der Volksversicherung stellen, dann darf darunter die Gewerkschaft nicht

leiden. Es kommt dann auch nur die gemeinnützige Volksversicherung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften in Betracht. Für die Volksversicherung eines Konsumvereins oder einer Privatgesellschaft sollen unsere Vertrauensmänner nicht tätig sein, nachdem der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands eine eigene Volksversicherung eröffnet hat. Ist der Vertrauensmann für die eigene Versicherung der christlichen Gewerkschaften tätig, dann kommt die Vergütung für Anwerbung von Versicherungsanträgen und Besorgung des Inkassos ihm selbst und den christlichen Gewerkschaften zugute. Besorgt er aber das Geschäft für die Konsumvereine, dann hat der Konsumverein und nicht die christlichen Gewerkschaftsbewegung den Nutzen davon. Kein Vertrauensmann stelle sich in den Dienst einer fremden Volksversicherung, kein Mitglied lasse sich und seine Kinder in einer fremden Volksversicherung aufnehmen. Für Vertrauensmänner und Mitglieder kommt nur eine Volksversicherung in Betracht. Das ist die Volksversicherung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften in Köln am Rhein, Benloerwall 9.

Das Recht zum Schnupfen hat nicht nur der Spieler, der das Spiel verliert, sondern auch die Sozialdemokratie, welche zusehen mußte, wie ihr bei den jüngsten Krankenkassenwahlen recht viele Felle fortschwammen. So in Breslau, wo es gelang, 18 Mandate für uns zu holen, welche die bisher allein herrschenden Genossen abgeben mußten. Dann das für uns so erfreuliche Resultat in Köln, welches uns mit 19 Mandaten genau die gleiche Vertretung im Vorstände der neuen Ortskrankenkasse sicherte wie den Genossen, ferner in Dortmund, Halle usw. Es werden nunmehr Waschzettel in der roten Presse verbreitet, welche diese Erfolge in Niederlagen verwandeln sollen und dabei ganz erschreckliche Geschichten erzählt. In Köln sollen sogar die Nonnen mitgewählt haben. Der arme Mann, der das gesehen hat, war anscheinend während der Wahltag nicht ganz nüchtern. Den roten Verdrehungen gegenüber bleibt die Tatsache bestehen, daß an allen Orten, wo die christlichen Gewerkschaften mit Eifer die Wahlarbeit betrieben, ansehnliche Erfolge erzielt und die rote Alleinherrschaft beseitigt wurde. Wenn das zum Teil mit Hilfe der Frauen geschah, so kann uns das nur freuen. An all den Orten, wo die Wahlen noch auszufallen sind, sollten unsere Freunde sich die wertvolle Mitarbeit der Frauen sichern und mit Mut und Entschlossenheit an die Wahlarbeit gehen. Den ersten Erfolgen müssen weitere folgen.

Soziale Rundschau.

Krankenkassenwahlen. In Mülheim am Rhein bestehen zwei Ortskrankenkassen, die aufgelöst und deren Mitglieder einer Allgemeinen Ortskrankenkasse überwiesen werden. Die kleinere Kasse ist im Besitz der christlichen Arbeiter, während in der größeren die „Genossen“ dominieren. Bei der Ausschuswahl zur neuen Allgemeinen Ortskrankenkasse entschied sich die Mehrheit der Wähler für die christliche Liste. Auf diese entfielen 636 Stimmen (15 Vertreter); auf die sozialdemokratische Liste 559 Stimmen (14 Vertreter). — In Anna reichten die „Genossen“ eine Liste ein, die vom Versicherungsamt für ungültig erklärt wurde. Es sind infolgedessen in Zukunft nur christliche Arbeiter im Ausschuss der Ortskrankenkasse vertreten. — In Klagen entfielen auf die Liste des katholischen Arbeitervereins (Sitz Berlin) 274 Stimmen (9 Vertreter); die Liste der christlichen Gewerkschaften 87 Stimmen (3 Vertreter); die vereinigte Liste der sozialdemokratischen und Christ-Dunderschen Gewerkschaften 241 Stimmen (8 Vertreter). — In Vorbis auf dem Eichsfelde, ebenfalls eine Domäne von „Sitz Berlin“, erhielt dieser 318 Stimmen (28 Vertreter), die christlichen Gewerkschaften zählten 120 Stimmen (8 Vertreter), während auf die Liste des bisherigen Kassenvorstandes 167 Stimmen (14 Vertreter) entfielen. — Zur ziemlich roten Brigg, wo die Genossen auch bisher in den Krankenkassen dominierten, erhielten diese 1200, die christlichen Arbeiter 475 Stimmen. Bei dieser Wahl haben sich eine Anzahl „Genossen“ gegenüber nicht zur Wahlberechtigung, von denen angenommen wurde, daß sie die christliche Liste wählen würden, sehr fleißig benommen. — Die Wahl der Vertreter zur Ortskrankenkasse in Siegen hatte folgendes Ergebnis: Der christlich-nationale Ausschuss erhielt von 352 abgegebenen Stimmen 153. Die Vorstandsliste (Christ-Dunder und So.) erhielt 199 Stimmen. Erstere erhalten somit 17 Vertreter, letztere 23. Für die Christlich-Rationalen ist dies Ergebnis überaus günstig, da sie sich zum erstenmale an der Wahl beteiligten und gegen drei Fronten verteidigen mußten. Somit ist auch hier die sozialdemokratische Mehrheit gebrochen. — Die kassengründenden Wahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse in Lippstadt, haben mit einem glänzenden Siege der Kandidaten der christlichen Gewerkschaften geendet. Letztere erhielten über 1600 Stimmen, während diejenigen der Sozialdemokraten und der Christ-Dunderschen Gewerkschaften es auf nur rund 300 Stimmen brachten. Die Wahlbeteiligung war sehr stark.

Gewerbegerichtswahlen. Bei den Gewerbegerichtswahlen in Kachen (Beisitzer für die Legalkammer) wurden aus dem Kreise der Arbeitnehmer die Kandidaten christl. Gewerkschaften mit 1294—1298 Stimmen gewählt. Auf die Kandidaten der „Genossen“ fielen 504—505 Stimmen. — Bei der Gewerbegerichtswahl in Spandau, wo die „Genossen“ bisher ziemlich unbeschränkt das Feld behaupteten (christliche Gewerkschaften sind dort noch unbekannt), wurde den soziald. Gewerkschaften von den Gelben arg zugesetzt. Die rote Liste erhielt 6893 Stimmen (acht Beisitzer); die Liste der Gelben 2549 Stimmen (drei Beisitzer); die Christ-Dundersche Liste 324 Stimmen (ein Beisitzer). Die Genossen müssen an die Gelben drei Mandate abgeben.

Lungenheilstätte Hohenhonnef. Das bei Honef am Rhein gelegene Sanatorium Hohenhonnef soll in den Besitz der Landesversicherungsanstalt übergehen. Es ist beabsichtigt,

das Sanatorium seinem bisherigen Zweck als Heilstätte für Lungenerkrankte zu erhalten. Während allerdings heute nur Privatpensionäre aus den sogenannten besseren Ständen dort selbst für schweres Geld behandelt werden, sollen in Zukunft die lungenkranken Invalidenversicherungspflichtigen dort untergebracht werden. Gegen die Verwendung des Sanatoriums durch die Landesversicherungsanstalt zu dem angegebenen Zweck erheben die Honefer Spießbürger (die Bonner und Kölner schließen sich ihnen an) ein Geschrei, als ob das Vaterland in Gefahr sei. Durch die Unterbringung der lungenkranken Proletarier fürchtet man einen Rückgang des Touristen- und Fremdenverkehrs im Siebengebirge und dadurch den materiellen Bankrott der Geschäftsleute in Honef. In dieser Gegenagitation offenbart sich eine ungeheuerliche unsoziale Gesinnung. Gerade den Kranken sollte man den Aufenthalt an einem so schön gelegenen Plage wie Hohenhonnef mit seinem wunderbaren Ausblick auf den Rhein und seine Schönheiten gönnen. In dem seelischen Wohl befinden, das durch den Aufenthalt in einer an Natur Schönheiten so reichen Gegend zu stärken sein wird, liegt zweifelsohne ein hervorragendes Mittel zur körperlichen Gesundung. Was aber die Handlungsweise der Spießbürger als besonders schädig erscheinen läßt, das ist die Tatsache, daß auch heute schon in Hohenhonnef Lungenkranke behandelt werden, die sich durchweg in einem schlimmeren Zustande befinden, als diejenigen Kranken, die die Landesversicherungsanstalt dort unterbringen wird. Gegen die Behandlung der zahlungsfähigen Lungenkranken hat man sich bis dato nicht gewehrt. Kommen aber die Arbeiter, dann erhebt man Protest. Hoffentlich bleibt er ohne Erfolg, damit zahlreichen lungenkranken Arbeitern des Rheinlandes die Möglichkeit gegeben wird, von ihren Leiden an einem der schönsten Punkte ihrer Heimatprovinz befreit zu werden, daß Lebenslust, Lebensfreude und Familienglück wieder bei ihnen ihren Einzug halten.

Rheinisch-Westfälischer Konsumverein „Wohlfahrt“ (Sitz Altenessen). Dieser aus kleinen Anfängen emporgewachsene Konsumverein, der heute über 21000 Mitglieder zählt, besteht im Monat September 10 Jahre. Seine Gründer waren 62 christliche Arbeiter in Werden an der Ruhr. Bis zum Schluß des ersten Geschäftsjahrs brachte es der Konsumverein auf 1030 Mitglieder und 9 Verkaufsstellen mit einem Umsatz von 155242 Mk. Der überall vordringende Gehante der genossenschaftlichen Selbsthilfe verschaffte dem Verein eine immer größere Ausdehnung. Kleinere selbständige Konsumvereine, acht an der Zahl, wurden mit dem Werdener Konsumverein verbunden. Das Netz der Verkaufsstellen wurde immer engermaschiger. Heute erstreckt sich das Gebiet des Konsumvereins zwischen Ravitz bei Eberfeld und Dorsten an der Lippe und von Seltentropfen bis Kettwig. Die gewaltige Entwicklung machte die Verlegung des Sitzes und des Zentrallagers von Kettwig nach Altenessen notwendig. Hier erbaute der Konsumverein Lagerhäuser und Werkstätten für die Eigenproduktion in erheblichem Umfange. Der Flächeninhalt des Konsumvereinsgrundstückes in Altenessen beläuft sich auf 13688 Quadratmeter. Mit den Gebäulichkeiten repräsentiert das Anliegen einen Wert von rund 1 Million Mark. Die Hälfte dieser Summe erug der Konsumverein aus eigenen Mitteln. An Eigenproduktionsbetrieben hat die „Wohlfahrt“ einen Mühlenbetrieb für Gerstenschrotrei, eine Bäckerei und eine Eisfabrikation. Die Anlagen haben direkten Bahnanschluß, jodas durch hohe Transportkosten erspart werden. Zurzeit verfügt die „Wohlfahrt“ über 72 Verkaufsstellen, die im letzten Geschäftsjahre einen Umsatz von 6200000 Mark hatten. Daneben wurde im Lieferantengeschäft ein Umsatz von 400000 Mk. erzielt. Die Rückvergütung an die Mitglieder dürfte sich in diesem Jahre auf rund eine halbe Million Mark belaufen. — An der Spitze des ganzen Unternehmens steht unser Kollege Arnold Biffels, dessen Umsicht und Tatkraft nicht zuletzt die großartige Entwicklung des Konsumvereins Wohlfahrt zu danken ist.

Zur Warnung für Bauanwärter. Die Strafkammer zu Hannover verurteilte den Tischler Friedrich Eilers wegen fahrlässiger Tötung zu drei Wochen Gefängnis. Durch ein herabstürzendes Fenster war an einem Neubau ein vorbeigehender junger Mann getötet worden. Dem Angeklagten wurde der Vorwurf gemacht, bei der Befestigung des Fensters vergessen zu haben, Stöße einzuschlagen, durch welche Fahrlässigkeit sich der Unfall ereignete. Mit Rücksicht auf seine Jugend und seine bisherige Unbeschaffenheit wurde der Angeklagte nur zu der angeführten Strafe verurteilt.

Stiftung eines Waggonfabrikanten. Kommerzienrat Georg Talbot hat dem Arbeiterunterstützungsfonds seiner Werke 100000 Mark überwiesen. Ferner erhalten künftig alle Arbeiter mit 25 Dienstjahren jährlich einen viertägigen Erholungsurlaub. Die für die Kachener Fabrik bestehenden Wohlfahrtsbetriebe sollen in gleichem Maße den Arbeitern der vor kurzem in den Besitz der Firma Gustav Talbot & Co. übergegangenen Waggonfabrik J. Gossens in Schweiler-Aue zugute kommen.

Ueber sozialdemokratische Geldverehrung spöttelt die Tögl. Rundschau. Den „Bebel-Dosen“ und „Bebel-Zigarettenabschneidern“ folgen immer schönere Sachen, die im Vorwärts angepriesen werden. Es gibt jetzt „August Bebel-Anfiedeln“, für die im Vorwärts (Nr. 216 vom 23. 8. 13) unter den „Händlern und Gauflerern, tüchtige Verkäufer“ gesucht werden, und „Bebel-Liebhaber-Taschenmesser von erstklassiger Qualität“ für 30 Pfennige (Vorwärts Nr. 218 vom 24. 8. 13). Wer 15 Pfennige mehr bezahlt, dessen Name wird in Goldschrift auf die große Klinge eingraviert. Bezüglich der Bebel-Zigarettenabschneider stimmt übrigens ein Genosse in einer Zuschrift folgendes Klagegedicht an: „Es handelt sich bei den Bebel-Zigarettenabschneidern um minderwertige, mit einem Schneider versehene Blechschachteln, deren Deckel mit einem Bebel-Bildnis überklebt ist. Allem Anschein nach sind diese Schachteln bereits gelegentlich der Jahrhundertfeier Jahns angepriesen worden, denn unter dem Bildnis Bebels befindet sich das von Jahn.“

Aus einer „roten“ Krankenkasse. Der Einkassierer der Ortskrankenkasse Reh, Gustav Reidel, wurde sofort seines Amtes enthoben, weil er 800 Mark Kassenvermögen unterschlagen hat. Die Staatsanwaltschaft wurde in Kenntnis gesetzt, um die notwendigen Schritte einzuleiten. Bis jetzt ist es nicht gelungen,

